Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 1,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. einschl. 0,36 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dingerloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (E. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Howes).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 57 | Samstag, den 27. Februar 1937 | Jahrgang 1937

Der Bankerott der Volksfront-Politik

Zunehmende Erwerbslosigkeit und unerfüllte Versprechen, kritische Finanz- und Währungslage in Frankreich. — Flandin interpelliert den Ministerpräsidenten.

Der Gefangene des Marxismus.

DNB **Paris**, 26. Februar.

Die seit langer Zeit angekündigte innenpolitische Auseinandersetzung in der Kammer begann am Freitagnachmittag vor dichtbesetztem Hause und in Anwesenheit fast aller Regierungsmitglieder mit der Anfrage Flandins.

Ministerpräsident Blum habe angekündigt, erklärte Flandin us a., daß er im Mai ein neues Programm einbringen werde, und daß das Programm der Volksfront lediglich einen Uebergang darstelle. Wenn sein Versuch mißlinge, so werde Blum das kapitalistische Regime verantwortlich machen und seine Abschaffung fordern. Es sei aber die Frage, ob die Ereignisse es Blum überhaupt gestatten würden, mit seiner neuen Politik bis zum Mai zu warten. Es sei der Regierung unwürdig, eine Katastrophe abzuwarten, die das gesamte Land treffen würde. Blum meinte es sicher ehrlich, aber er führe das Land dem Zusammenbruch entgegen.

Flandin versuchte dann, diese Behauptung zu begründen, indem er auf die großen Schwierigkeiten des Schatzamtes und die vergeblichen Anleihebemühungen der Regierung verwies.

Noch nie habe die Regierung von der Kammer so viele Freiheiten für Anleihen erhalten. Unglücklicherweise wolle aber niemand mehr etwas borgen. Die Aussichten für die Zukunft seien schlecht.

Wenn die Preissteigerung andauere, werde die Regierung die Arbeitslosenunterstützung erhöhen und auch die Beamtengehälter heraufsetzen müssen. Das werde neue Ausgaben nach sich ziehen.

Die Währungslage sei ebenso schwierig wie die Finanzlage. Der Außenhandelsunterschuß seit der Abwertung des Franken betrage 4,7 Milliarden Franken und habe das Mißtrauen gegen den Franken noch erhöht.

Die Regierung behauptet zwar, daß die Weltausstellung in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht einen Erfolg bedeuten werde. Aber nur unter günstigsten Umständen und vorausgesetzt, daß die Ausstellung am 1. Mai eröffnet werden könne, sei mit 2 Millionen ausländischer Besucher zu rechnen. Wenn jeder von ihnen 2000 Franken ausgeben würde, ergebe das 4 Milliarden Franken, d. h. weniger als der Betrag der Anleihe der französischen Eisenbahnen in England, die noch in diesem Jahre zurückgezahlt werden müsse.

Die Regierung habe unrecht, wenn sie erkläre, daß der Ertrag der Ausstellung das Minus des Außenhandels wettmachen werde.

Der Zusammenbruch werde in dem Augenblick eintreten, wo die Finanz- und Währungskrise gleichzeitig von der Regierung Maßnahmen verlangen würden. Dann würde die Regierung zur Inflation und zur Devisenkontrolle gezwungen sein. Derartige Maßnahmen aber würden London und Newyork verärgern, denn es sei wahrscheinlich, daß Ministerpräsident Blum sowohl England wie Amerika gegenüber besondere Verpflichtungen übernommen habe. Er dürfe diese Länder aber nicht verärgern, weil er auf sie seine gesamte Friedenspolitik stütze. Der Ministerpräsident sei der Gefangene des Marxismus. Er werde gezwungen sein, dem Kapitalismus immer wieder den Krieg zu erklären, und die Folge davon sei, daß er nicht auf die Unterstützung und Mitarbeit des Kapitalismus rechnen könne. Die unvorsichtigen Reden seiner Umgebung, besonders die der Kommunisten, hätten dazu beigetragen, daß man der Regierung befangen entgegentrete.

Es sei wahrscheinlich, daß diese Reden, die von Zwangsmaßnahmen gegen den Kapitalismus sprächen, im Einvernehmen mit Blum gehalten worden seien und daß Blum deshalb über kurz oder lang zu solchen Zwangsmaßnahmen gegen das Kapital gezwungen sein werde. Es bestehe die Befürchtung, daß er langsam zur Diktatur abgleite. Klassendiktatur aber bedeute Bürgerkrieg.

Wenn Blum beabsichtige, Frankreich zu isolieren, so würden die Erklärungen seiner Freunde über die Sowjetisierung sehr schnell dazu beitragen, denn beide großen Demokratien, England und Amerika, mit denen Blum zusammenarbeiten wolle, hätten stärkste Abneigung gegen den Kommunismus.

Flandin kritisierte zum Schluß die Sozialpolitik der Volksfrontregierung.

Die Zahl der Arbeitslosen habe keineswegs abgenommen, und die Versprechen Blums hinsichtlich großzügiger Notstandsarbeiten seien nicht erfüllt worden. Das Brot, das er versprochen habe, fehle noch auf vielen Tischen.

Blum müsse sich klar darüber sein, daß er nicht dazu da sei, die Wünsche der Arbeiterklasse mit allem, was sie an Materialismus enthielten, zu erfüllen. (Starker Lärm auf der Linken, der mehrere Minuten andauert und Flandin am Sprechen hindert.) In Nantes und St. Nazaire habe Blum an die Vaterlandsliebe der Bürger appelliert. Flandin appelliere heute an den Ministerpräsidenten als Republikaner, damit er endlich die Politik der Zwietracht aufgebe und sie durch eine Politik ersetze, die dem ganzen Lande gerecht werde.

Im weiteren Verlauf der Kammeraussprache wies der rechtsgerichtete Abgeordnete Fernand Laurent auf die Finanzschwierigkeiten der Regierung infolge des mangelnden Vertrauens hin. **Eine Milliarde Franken würden wöchentlich von der Bank von Frankreich ausgeführt.**

Finanzminister Vincent Auriol unterbrach den Abgeordneten und beschwerte sich in heftiger Form über den Feldzug der Rechtspresse, der er Falschmeldungen vorwarf, auf die das mangelnde Vertrauen zurückzuführen sei.

Laurent ging nach diesem Zwischenruf auf die einzelnen Punkte des Volksfrontprogramms ein, um nachzuweisen, daß mit Ausnahme der Rüstungsindustrie auf keinem Gebiet der Wirtschaft eine Erzeugungssteigerung zu verzeichnen sei. Er forderte den Ministerpräsidenten auf, zu erklären, ob er mit der Monopolstellung einverstanden sei, die der Gewerkschaftsführer Jouhaux sich angeeignet habe, und die praktisch dazu führe, daß z. B. auf der Weltausstellung kein Arbeiter angestellt werden dürfe, der nicht Mitglied des marxistischen Gewerkschaftsverbandes sei.

Blum könne eine Antwort verweigern, dann müßten aber die Radikalsozialisten, die sich immer auf das Gesetz des Rechtes zum Leben stützten, endlich einmal erklären, ob sie mit dieser Politik einverstanden seien. Auf finanzpolitischem Gebiet sei sich die Regierung darüber klar geworden, daß sie Geld nur noch in Frankreich, nicht aber im Auslande finden könne. Dieses Geld müsse die Regierung aber bei allen Franzosen ohne Unterschied der Klassen suchen. Dazu dürfe sie nicht eine Politik führen, die sich ausschließlich zugunsten der einen und zum Schaden der anderen Bevölkerungsschicht auswirke. Es sei bemerkenswert, daß die einzige Besserung, die im gesamten französischen Wirtschaftsleben zu verzeichnen sei, sich ausgerechnet zugunsten der Kanonenhändler auswirke, und es sei eigenartig, daß dies gerade unter einer Linksregierung der Fall sei.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kritisierte der ehemalige Finanzminister Paul Reynaud die Politik der Regierung, insbesondere auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Die Regierung habe den großen Fehler begangen, schon vorher Blankoschecks auf die Frankenentwertung zu ziehen. Die Folge davon seien Preiserhöhungen, die dazu führten, daß ausländische Waren, die auch in Frankreich hergestellt werden könnten, heute trotz der bestehenden Zollschranken so billig nach Frankreich eingeführt würden, noch billiger als einheimische Waren seien. Die Regierung betreibe zwei sich einander widersprechende Politiken, die eine für den inneren, die andere für den äußeren Gebrauch. Auf der einen Seite das Währungsabkommen und auf der anderen die „Pause". Man müsse sich aber fragen, ob diese „Pause", d. h. Untätigkeit, die Gefahren dieser beiden sich widersprechenden Politiken beseitigen könne, denn während sich die Regierung ausruhe, werde der Samen, den sie gesät habe, aufgehen. Es käme darauf an, ob die Regierung die Volksmassen führe oder von ihnen geführt werde. Jedesmal, wenn sie sich darauf beschränkt habe, den Massen zu folgen, habe sie Schiffbruch erlitten. Es gäbe keine Links- oder Rechtspolitik, sondern nur eine französische Politik.

Leon Blum sucht sich zu verteidigen.

Dann sprach Ministerpräsident Blum. Unter dem Gelächter der Rechten stellte der Ministerpräsident zunächst fest, daß er mit Recht behaupten könne, die Lage sei besser geworden. Das Land finde langsam seine wirtschaftliche Gesundheit wieder. Die Arbeitslosigkeit habe nachgelassen und die teilweise Arbeitslosigkeit sei vollkommen verschwunden. Man werfe der Regierung

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Sowjetrußland verzichtet . . .

Keine Beteiligung an der Seekontrolle Spaniens.

DNB. **London**, 26. Februar.

In der Freitagssitzung des Unterausschusses des Nichteinmischungsausschusses erklärte der Vertreter Sowjetrußlands, daß seine Regierung auf die Beteiligung an der Seekontrolle Spaniens verzichte.

Auch der portugiesische Vertreter erklärte, daß sein Land sich an der Seekontrolle nicht zu beteiligen wünsche, daß es sich aber das Recht vorbehalte, den Anspruch auf die Beteiligung seines Landes erneut zu erheben, falls dies auch andere Mächte tun sollten. Der Unterausschuß stellte hierauf fest, daß hiernach nur die vier Mächte für die Seekontrolle in Betracht kämen. Er ersuchte die Vertreter dieser Machte um eine endgültige Stellungnahme.

Der Unterausschuß des Nichteinmischungsausschusses tritt am Montag wieder zusammen. Eine Sitzung des Hauptausschusses ist für Dienstag nachmittag anberaumt worden. Am Mittwoch tritt eine Konferenz bevollmächtigter Ministerialbeamter zusammen, um die Richtlinien für die Handelsschiffahrt festzulegen.

Ein Viermächte-Plan für die Flottenüberwachung.

Die Sitzung des Londoner Unterausschusses.

£ **London**, 26. Februar.

Im Anschluß an die Sitzung des Unterausschusses des Londoner Nichteinmischungsausschusses wurde eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der es heißt:

Der Unterausschuß beriet eine Anzahl technischer Fragen, die mit der Anwendung des Planes für die Ueberwachung von Schiffen zusammenhängen, die das Recht haben, die Flagge der beteiligten Länder zu führen und die sich nach spanischen Häfen begeben. Man kam überein, daß die Vertreter der Seemächte aufgefordert werden sollen, dafür Sorge zu tragen, daß Regierungssachverständige an einer Sitzung teilnehmen, die in London am Mittwoch, 3. März 1937, 11 Uhr, stattfinden soll, um Entscheidungen über die in Frage stehenden technischen Fragen zu treffen.

Der Unterausschuß erörterte weiter gewisse Fragen, die mit dem Plan der Landüberwachung zusammenhängen. Die Vertreter verpflichten sich, sofort ihren Regierungen gewisse Dokumente zu übermitteln, die von den technischen Beratern des Komitees vorbereitet sind, und zwar mit dem Ersuchen, hierzu sofort Entschließungen zu ergreifen.

Der Unterausschuß erörterte darauf den Plan der Flottenüberwachung. Der Vertreter der Sowjetunion erklärte hierzu im Namen seiner Regierung, er habe Anweisung erhalten, festzustellen, daß seine Regierung gegenwärtig nicht von ihren Seekontrollrechten Gebrauch zu machen wünsche, da sie weder politisch noch auf andere Art an der Anwesenheit ihrer Streitkräfte im Mittelmeer oder im Atlantischen Ozean interessiert sei, wo sich diese weit entfernt von ihren Flottenstützpunkten befänden. In Uebereinstimmung mit diesen Anweisungen regte der Sowjetvertreter an, die Kontrolle, die der Sowjetunion zugedacht gewesen sei, nämlich in der Bucht von Biscaya, entweder Großbritannien oder Frankreich zu übertragen.

Der portugiesische Vertreter erinnerte darauf den Unterausschuß daran, daß die portugiesische Regierung stets dafür eingetreten sei, daß der Flottenüberwachungsplan den vier Mächten Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien überlassen werden solle, und daß sie unter diesen Umständen nicht den Wunsch hege, sich an dem Plan zu beteiligen, solange er auf diese vier Mächte beschränkt sei.

Die Vertreter der vier Mächte kamen überein, ihren Regierungen den Viermächte-Plan für die Flottenüberwachung zu unterbreiten, der bereits vom technischen beratenden Unterausschuß vorbereitet worden ist, um die technischen Fragen zu regeln, die mit der Anwendung dieses Planes zusammenhängen.

Die nächste Sitzung des Unterausschusses findet am Montag, dem 1. März 1937, 16 Uhr, statt.

Erklärung des Führers über die Schweiz.

„Der Bestand der Schweiz ist eine europäische Notwendigkeit."

DNB. **Bern**, 26. Februar.

Wie die schweizerische Depeschenagentur meldet, wurde am Freitag im Bundesrat bekanntgegeben, daß Reichskanzler Hitler in Berlin gelegentlich einer Unterredung mit dem früheren Bundesrat Schultheß in sehr bestimmter Form und mit großer Energie Erklärungen über das Verhältnis zur Schweiz abgegeben habe, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

„Der Bestand der Schweiz ist eine europäische Notwendigkeit. Wir wünschen mit ihr als gute Nachbarn im besten Einvernehmen zu leben und uns mit ihr in allen Dingen loyal zu verständigen. Als ich in meiner jüngsten Reichstagsrede von der Neutralität zweier Länder sprach, habe ich die Schweiz absichtlich nicht erwähnt, weil ihre hergebrachte, von ihr geübte und von den Mächten, auch von uns, immer anerkannte Neutralität in keiner Weise in Frage steht. Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletztlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren. Das sage ich Ihnen mit aller Bestimmtheit. Noch nie habe ich Anlaß zu einer anderen Auffassung gegeben."

Der Bundesrat hat mit Genugtuung von diesen Erklärungen Kenntnis genommen.

Um die Nichteinmischungskontrolle.

Von unserm Londoner Korrespondenten.

F. L. **London**, 26. Februar.

Durch den Schleier von entstellenden Sitzungsberichten und allgemeinem Zweckoptimismus, der hier um die Arbeiten des Nichteinmischungsausschusses gewoben wird, dringt allmählich soviel von der Wahrheit durch, daß eine Uebersicht über die Lage möglich wird. Die vielen „Indiskretionen", — wenn dieses auf zügellose Wahrheitsliebe gemünzte Wort bei Verdrehungen und baren Erfindungen am Platze ist — konnten ihren Ursprung selten verleugnen. Es gab unter den Teilnehmern der Nichteinmischungsverhandlungen zumeist nur einen, dem sie nützen konnten. Wo der Nutzen steckt, ob er der Rede wert ist, bleibt zweifelhaft. In dem Ausschuß selbst besitzt Sowjetrußland heute sicher nicht mehr Freunde als zu Beginn. Die Wirkung nach außen ist vielleicht anders zu beurteilen. Das Verdunkeln entscheidender Vorstadien wird es dem einfachen Mann schwer machen, das nun abzusehende Ergebnis der Nichteinmischungspolitik richtig einzuschätzen. Das Ergebnis besteht nicht nur in dem bescheidenen Maß von europäischer Solidarität, das der Ausschuß zu verwirklichen im Begriff ist: je mehr in seinem Schoße die europäische Interessengemeinschaft Form angenommen hat, umso deutlicher ist auch geworden, daß Sowjetrußland im Grunde keinen Teil daran hat. In den mit der Sowjetunion politisch befreundeten Ländern bleibt aber diese Klärung ein privates Wissen derer, die in die Geschäfte des Ausschusses eingeweiht sind. Sie werden es ihren Völkern nicht mitteilen, denn sie rechnen darauf, bei anderer Gelegenheit, wenn die spanische Frage ruht, mehr Nutzen aus ihrer Verbindung mit dem Außenseiter zu ziehen. Gewiß, es war von vornherein beabsichtigt, daß die Verhandlungen im Nichteinmischungsausschuß „vertraulich" bleiben sollten. Aber die Fragwürdigkeit dieses häufig mißbrauchten Verfahrens ist selten peinlicher fühlbar geworden als in diesem Falle.

Nachdem die Waffensperre für Spanien durch das Freiwilligenverbot ergänzt ist, wird nun in London versichert, daß auch der Kontrollplan feststehe. Er steht zweifellos fest in dem Sinne, daß, wenn der vorliegende Kontrollplan nicht die allgemeine Zustimmung fände, kein anderer die Lage retten könnte. Aber das Maß von Zustimmung kann bisher weder allgemein noch bedingungslos genannt werden. Sowjetrußland hat sich nicht entschließen können, die ihm angewiesene Bewachungszone vor der nordwestspanischen Küste zu beziehen. Sein Widerstreben war keine untergeordnete Einzelheit. Es hielt zunächst den Kontrollplan in der Schwebe, denn außer jenem Küstenstrich im Nordwesten gab es in dem ganzen, um Spanien zu legenden Kontrollgürtel keine Stelle, an der irgend einer der übrigen Beteiligten die russischen Schiffe zu Nachbarn haben mochte. Es hat seinen Eindruck nicht verfehlt, daß England sich den deutschen und italienischen Widerspruch gegen eine Aenderung der Zoneneinteilung zu eigen gemacht hat, zumal die russische Lieblingsidee, vor der Küste von Spanisch-Marokko zu patrouillieren, auch von Frankreich abgelehnt worden ist. Das alles hat seine politischen Seiten und gehört zu dem angeschlagenen Thema der Isolierung Sowjetrußlands; es hatte die Russen bestimmt, über ihre Lage in dem Ausschuß noch einmal nach Moskau zu berichten, aber man konnte zunächst noch nicht sagen, daß die Einschaltung der Sowjetunion in die ursprünglich als eine Angelegenheit von vier Großmächten gedachte Kontrolle bereits geglückt sei. Erst seit heute steht das Mißglücken des russischen Verlangens fest. Die Hintergründe des russischen Einwandes waren undurchsichtig. Der russische Sprecher hatte eine technische Begründung vorgebracht, die schon darum überraschte, weil Moskau seine Beteiligung an der Seekontrolle bis dahin als reine Grundsatz- und Prestigefrage zu behandeln liebte. Die Nordwestküste, plädierte er, sei zu weit entfernt von der „im Mittelmeer in Aussicht genommenen russischen Flottenbasis". Wir wissen nicht, wohin diese Anspielung zielte, es liegt nahe, an französische Aushilfe für Rußland im Hafen von Oran (Algerien) zu denken, aber mußte diese Aussicht im französischen Gemüt nicht dasselbe Entsetzen hervorrufen wie der Gedanke an die russische Seepatrouille vor Spanisch-Marokko: die Furcht vor propagandistischen Rückwirkungen im Hinterland?

Die russische Schwierigkeit war nicht alles. Frankreich, das anfänglich zögerte, seine ihm zu groß erscheinende Seezone zu übernehmen, hat sich in der Sitzung vom vorigen Montag dazu bereit erklärt. Die Zahl von Kriegsschiffen, deren Bewegungsfreiheit es der Nichteinmischung opfern muß, wird größer sein, als ihm lieb ist. Weniger leicht kommen aber die Franzosen von den fatalen Gedankengängen los, in die ihre Diplomatie sich in der Frage der Landüberwachung verirrt hat. Allzu logisch wünschten sie die Grenzlänge in Kilometern zum Maßstab des Ueberwachungsapparats zu machen und so zwischen dem Kontrollumfang

an der spanisch-portugiesischen Grenze und dem an ihrer eigenen — kürzeren — Grenze mit Spanien ein mathematisches Verhältnis herzustellen, das gewissermaßen die größere Zuverlässigkeit Frankreichs bescheinigt hätte. Sie sind dabei zunächst durch eine bezeichnende Wendung der englischen Politik überrascht worden, die sich der Gelegenheit bemächtigt hat, um ihren alten, aber kürzlich etwas verärgerten Bundesgenossen Portugal wieder an sich heranzuziehen. England hat Portugals Genehmigung für 130 englische — hauptsächlich zur Ueberwachung der Landgrenze bestimmte — Agenten gewonnen und diese Ziffer mit bemerkenswertem Eifer verteidigt, nicht nur gegen die Sowjetunion, das 200 Agenten verlangte, sondern auch gegen Frankreich. Portugal erkennt diese Kontrolleure nicht als Organe des Nichteinmischungsausschusses an. Ihre nächst übergeordnete Behörde wird der englische Botschafter in Lissabon sein, der seinerseits mit dem Foreign Office, nicht mit dem Londoner Ausschuß verkehrt. Unter diesen Umständen hat die englische Regierung neben der portugiesischen die Gewähr für die Wirksamkeit die Ueberwachung übernommen. Der in den demokratischen Ländern hartnäckig mißdeutete Standpunkt Portugals, dessen Regime 1928 anläßlich einer Völkerbundsanleihe gleichsam aus dem Widerstand gegen internationale Kontrollpläne geboren wurde, ist alles andere als unbegreiflich.

Abgesehen davon, hinkt aber der strikte Vergleich, den die Franzosen zwischen den beiden Landgrenzen ziehen, in der Tat auf mehr als einem Bein. Schon der englische Vorsitzende des Nichteinmischungsausschusses hat darauf aufmerksam gemacht, daß die portugiesische Grenze weniger Straßenübergänge nach Spanien aufweist als die französische und daß die Ausübung der Kontrolle durch Staatsangehörige eines einzigen Landes eine Wirksamkeit verbürgt, mit der das geplante kosmopolitische Agentenkorps an der spanisch-französischen Grenze kaum wird wetteifern können. Man braucht nicht anzunehmen, Frankreich wünsche eine lässige Kontrolle für sein Teil, es hat aus freien Stücken seine Grenzbelegschaft von Zollbeamten in nicht mißzuverstehender Weise durch Gardes Mobiles verstärkt. Offensichtlich ist die Zahl der an seiner Grenze anzusetzenden Agenten für Frankreich eine Prestigefrage. Als solche ist sie einem Ausschuß von Sachverständigen übergeben worden, die ihr diesen Charakter in den nächsten Tagen abstreifen müssen, denn auf der Linie der französischen Empfindlichkeiten ist sie nicht zu lösen. Die unheilvolle Rolle der französisch-spanischen Grenze im bisherigen Verlauf des Bürgerkriegs läßt gerade in diesem Fall am wenigsten ein Hinweggleiten über die Grundbedingungen der Nichteinmischung zu. Der deutsche Standpunkt hierzu ist in dem Ausschuß eindringlich und offenbar nicht ohne Erfolg vertreten worden. Starre Zahlenverhältnisse zu errechnen zwischen den Ausmaßen von Kontrolle, die dieses Land oder die jenes Land auf sich nimmt, könnte nur als Ausdruck eines Mißtrauens zu werten sein, das in keinem Augenblick unzeitgemäßer wäre als in diesem, wo man vor der greifbaren Möglichkeit eines europäischen Triumphes steht. Man will die Nichteinmischung. Kann man zuviel davon wollen? Sind nicht die vergangenen Monate vielmehr ein einziger Beweis dafür gewesen, daß man leicht zu wenig davon wollen und damit alle Anstrengungen wieder zunichte machen kann? Im übrigen: daß die Pyrenäen mit ihrem gewaltigen europäischen Hinterland schwer zu überwachen sind, hat sich in vergangenen Zeiten wiederholt erwiesen. Die trockenen Lehren der Geschichte zu befolgen, sollte keine Prestigefrage sein und keine Selbstüberwindung kosten.

Wenn wie die russischen auch die französischen Schwierigkeiten sich überwinden lassen, dann kann bis zum 6. März der Kontrollplan annahmereif sein. Wohlbekannte deutsche und italienische Formulierungen, die erst einige Wochen alt sind, haben aber seine Durchführung an Voraussetzungen gebunden. Die englische Presse hat sich in der Zwischenzeit befleißigt, das vergessen zu machen. Nicht mit dem gewünschten Erfolg. Dem Nichteinmischungsausschuß ist am vorigen Montag von dem deutschen Vertreter klargemacht worden, daß die Voraussetzungen noch gültig sind. Die Möglichkeiten der Nichteinmischungspolitik können nicht als erschöpft angesehen werden, solange die ins Ausland verbrachte Goldreserve der spanischen Notenbank der Finanzierung des Bürgerkriegs dient, und diese Frage leitet über zum Thema der ausländischen Finanzhilfe selbst. Nur die Sowjetunion hält die Untersuchung der Goldfrage auf. Sie mußte sich am Montag von dem englischen Vorsitzenden daran erinnern lassen, daß eine russische Zusage vorliegt, in diesen Verhandlungspunkt einzutreten, wenn der Kontrollplan sich in fortgeschrittenem Stadium befinde. Der Augenblick ist gekommen. Man sieht, der 6. März wird auch unter günstigen Umständen nicht tagen, bevor es zu weiteren eingehenden und vielleicht heftigen Auseinandersetzungen in dem Londoner Ausschuß gekommen ist. Ungerechnet die ihrer Natur nach heiklen Personenfragen, die bei Besetzung gewisser leitenden Stellen des Kontrollapparats, insbesondere bei der Wahl des Hauptagenten für die französisch-spanische Grenze, auftreten.

Die Neuordnung des deutschen Handwerks.

Arbeitsstolz und Arbeitsehre müssen erhalten bleiben.

Dr. Ley über handwerkliche Fragen.

DNB. **Frankfurt/Main**, 26. Februar.

Im Frankfurter Römer fand am Freitag eine Tagung des Beirates des deutschen Handwerks statt. Der Beirat ist das beratende Organ der Spitzenführung des Handwerks und besteht aus fünf handwerklichen Betriebsführern, fünf im Handwerk tätigen Gefolgschaftsmitgliedern und zwei Vertretern des Hauptamtes für Handel und Handwerk.

Nachdem der Leiter des deutschen Handwerks, Paul Walter, die Sitzung eröffnet hatte, begrüßte Oberbürgermeister Staatsrat Dr. Krebs die Teilnehmer in der „Stadt des deutschen Handwerks". Pg. Paul Walter dankte dem Oberbürgermeister für seine freundlichen Begrüßungsworte und gab dann einen ausführlichen Ueberblick über die augenblickliche Lage im deutschen Handwerk. Dabei ging er im einzelnen auf die Frage der Gewerke, der Handwerkswalter und die organisatorischen Maßnahmen des Handwerks ein. Der Kreishandwerkswalter, so führte er u. a. aus, sei der Mittelpunkt des handwerklichen Lebens seines Bezirks. Die Kreisgewerke hätten vor allem die Aufgaben, die Berufswettkämpfe durchzuführen. Der Reichsorganisationsleiter habe die Absicht, mit der Zeit in jeder Stadt ein Handwerkerhaus zu gründen, das gleichzeitig der geselligen Mittelpunkt ist und dem Handwerk die Möglichkeit gibt, Förderlehrgänge abzuhalten usw. Der Gesellenwettkampf sei eine Ergänzung zu dem Meisterwettkampf, der in diesem Jahre zum erstenmal ausgetragen wird. Im Spätherbst werde dann ein Gesellenwettkampf folgen. In den kommenden Jahren werde der Gesellen- und Meisterwettkampf zu gleicher Zeit abrollen, die Sieger würden dem Führer vorgestellt werden. Es sei daran gedacht, die Ausscheidungen für die Gesellenwettkämpfe in den einzelnen Kreisen durchzuführen. Die besten Stücke würden dann auf dem Kreishandwerkertag ausgestellt. Den Abschluß dieser Kreishandwerkertage bilde der Reichshandwerkertag in Frankfurt am Main, der die Parole für das neue Jahr ausgibt.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley führte darauf u. a. aus: Das Recht der Menschenführung stehe nach dem Willen des Führers einzig der Partei zu. Deshalb könne die Partei auf die Menschenführung auch im Handwerk niemals verzichten. Das Handwerk solle man nicht allein von der wirtschaftlichen, sondern vor allem von der weltanschaulichen Seite her erhalten und fördern. Es sei grundfalsch, eine handwerkliche Institution als reine Schutzmaßnahme aufzurichten nur mit dem Ziel der Verfolgung rein wirtschaftlicher Interessen. Es sei auch grundfalsch, das Handwerk gegen die Industrie oder umgekehrt die Industrie gegen das Handwerk auszuspielen. Ebenso falsch sei es, zu glauben, daß man das Handwerk irgendwie ersetzen könne. Die wertvollen Kräfte in der Gesellschaftsordnung des Handwerks: Der Arbeitsstolz und die Arbeitsehre — müßten unter allen Umständen erhalten bleiben. „Deshalb werde ich auch alles," so erklärte Dr. Ley, „was in meinem Aufruf angekündigt worden ist, in die Tat umsetzen. Darüber hinaus habe ich mit dem heutigen Tage zwei neue Maßnahmen angeordnet:

1. Bei den Rechtsberatungsstellen der DAF, die um das Doppelte vermehrt werden, sind Steuerberatungsstellen zu errichten, die besonders auch dem Handwerk zur Verfügung stehen.
2. Der Bau des Hauses des Handwerks in Frankfurt/Main wird sofort in Angriff genommen."

Abschließend ging Dr. Ley eingehend auf die Frage der Berufsberatung und Berufserziehung ein.

Die Versammlung dankte Dr. Ley mit reichem Beifall. Nach einer kurzen Pause folgte eine längere Aussprache, an der sich die Beiratsmitglieder rege beteiligten.

Das Ziel nationalsozialistischer Wohlfahrtsarbeit.

Steigerung der Lebenskraft der Nation.

DNB **Berlin**, 26. Februar.

Etwa dreißig Vertreter des Auswärtigen Amtes statteten gestern dem Hauptamt für Volkswohlfahrt einen längeren Besuch ab.

In seiner Begrüßungsansprache sprach Hauptamtsleiter Hilgenfeldt ausführlich über Ziel und Aufgabe der Wohlfahrtsarbeit des nationalsozialistischen Staates. Die Organisation ist niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Soll sie dem wirklichen Leben dienen, so muß sie vielgestaltig und anpassungsfähig sein. Das Winterhilfswerk kennt deshalb keine starren, unabänderlichen Richtsätze, sondern paßt sich an die überall bestehenden verschiedenen Verhältnisse an. Anschließend wies Hauptamtsleiter Hilgenfeldt auf die durch die Gesundung der deutschen Wirtschaft und durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit gebotene Gestaltung der Wohlfahrtsarbeit hin. Das Hilfswerk „Mutter und Kind" mit seinen vielen Teilgebieten ist Mittelpunkt der gesamten NSV-Arbeit. Die Erfolge liegen bereits klar zutage. So ist die Säuglingssterblichkeit seit der Machtübernahme von 7,9 auf 6,8 Prozent zurückgegangen. Trotzdem sind noch gewaltige Aufgaben zu lösen, die eine überkommene Zeit als belastendes Erbe hinterlassen hat. Steigerung der Lebenskraft der Nation, so schloß Hauptamtsleiter Hilgenfeldt seine Ausführungen, ist das Ziel aller nationalsozialistischen Wohlfahrtsarbeit.

Streikende überfallen ein Kloster.

DNB **Paris**, 26. Februar.

In Nantes ist der Streik der Bauarbeiter noch immer nicht beendet. Am Donnerstag drang eine Gruppe von rund hundert streikenden Bauarbeitern in der Annahme, daß dort Streikbrecher an der Arbeit seien, in ein Kloster ein. Sie zerschlugen die Scheiben der Küche des Klosters, besetzten die noch im Bau befindliche Kapelle des Klosters und verprügelten einen Gärtner, der dort aufräumte. Erst ein stärkeres Polizeiaufgebot konnte die Störenfriede aus dem Kloster entfernen. Der ziemlich schwerverletzte Gärtner mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Im Departement Nievre sind 5000 Waldarbeiter wegen neuer Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Sechs chemische Fabriken in Mülhausen unter Streikterror.

DNB **Paris**, 26. Februar.

Die Belegschaft von sechs chemischen Fabriken in Mülhausen ist in den Streik getreten, um die sofortige Einführung der 40-Stundenwoche und eine 20 prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. In einer der Fabriken mußte die Polizei eingreifen, um den Arbeitswilligen den Zutritt zu ermöglichen und sie vor der Wut der Streikenden zu schützen.

Zurückziehung der Freiwilligen?

Auch der französische Außenminister jetzt dafür.

(!) **Paris**, 26. Februar.

In der Kammer beantwortete am Donnerstagnachmittag Außenminister Delbos eine Anfrage wegen der Nichteinmischung in Spanien. Er schilderte zunächst kurz die Lage, die zum Abschluß des Nichteinmischungs- und Ueberwachungsabkommens führte, und erklärte dann, daß die Organisation der Ueberwachung Spaniens vollständig sei. Sollte sich aber das Ueberwachungssystem, das Anfang März in Kraft treten werde, als unzulänglich herausstellen, dann werde die französische Regierung die notwendigen Abänderungen vorschlagen. Frankreich sei entschlossen, seine Friedenstätigkeit fortzusetzen, und es erwarte ein gleiches von den anderen Ländern. Er, der Außenminister, habe dem französischen Botschafter in London Anweisung gegeben, im Londoner Nichteinmischungsausschuß die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien zu verlangen (diese Forderung haben Deutschland und Italien bekanntlich von Anfang an gestellt! Die Schriftltg.) Frankreich werde in diesem Sinne alles tun, unter der Voraussetzung, daß alle ein gleiches täten, denn sonst werde aus der Nichteinmischung gerade das Gegenteil. Nur Spanien allein habe das Recht, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen.

Kredite für die Heimbeförderung französischer Staatsangehöriger aus Spanien.

(!) **Paris**, 25. Februar.

Der Finanzausschuß des Senats beschäftigte sich am Donnerstag mit der Gesetzvorlage über die Bewilligung von Krediten für die Heimbeförderung französischer Staatsangehöriger aus Spanien. Der Ausschuß beschloß, im Senat einen günstigen Bericht einzubringen, vorausgesetzt, daß die Regierung sich verpflichte, dafür Sorge zu tragen, die zurückkehrenden Staatsangehörigen sobald wie möglich wieder in den Wirtschaftskreislauf einzuschalten.

Grauenhafter Tod eines Kindes beim Spiel.

)(**Dessau**, 26. Februar.

Einen schrecklichen Tod fand ein siebenjähriger Junge, der auf einem Siedlungsgrundstück in Zerbst sich beim Spielen befand. Für einen Brunnen war auf dem Grundstück ein Versuchsschacht gegraben worden, der einen Durchmesser von nur 35 Zentimeter hatte und unglücklicherweise nicht abgedeckt war. Der Junge stürzte kopfüber in den Schacht. Infolge der Enge des Loches konnte er sich nicht selbst befreien und auch nicht um Hilfe rufen. Bei den verzweifelten Versuchen, sich aus dem Loch herauszuarbeiten, gab das lose Erdreich nach, und der Junge rutschte immer tiefer hinein. Da niemand den Unfall beobachtet hatte, erstickte er. Als man das Kind, dessen Füße noch aus dem Loch herausragten, auffand, war es bereits tot.

Amerikanischer Spionagefall.

Kapitänleutnant Farnworth zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt.

$ **Newyork**, 26. Februar.

Der im Juli vorigen Jahres wegen Spionageverdachts verhaftete ehemalige Kapitänleutnant Farnworth wurde jetzt vom Bundesgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt.

Farnworth, der seinerzeit als einer der fähigsten Offiziere der amerikanischen Flotte galt, mußte vor einigen Jahren wegen Unregelmäßigkeiten den Abschied nehmen. Im Juli vorigen Jahres kam die Geheimpolizei bei der Verfolgung einer Spionagezentrale auf die Spur Farnworths. Als er nach längerer Beobachtung hinreichend verdächtigt erschien, schritt man zu seiner Verhaftung. Er wurde dann angeklagt, zwei Marineattachés von der japanischen Botschaft in Washington Geheimdokumente über die amerikanische Marine verkauft zu haben.

„60 Tage Arbeit für ein Paar Schuhe".

Hungerlöhne in Sowjetrußland. – „Giornale d'Italia" über die sowjetrussischen Verhältnisse.

Die Hölle auf Erden.

DNB **Rom**, 26. Februar.

In einem Aufsatz „Die wahren Errungenschaften des Kommunismus" geht der Direktor des „Giornale d'Italia" auf die sowjetrussischen Verhältnisse ein, die nach den Enthüllungen des französischen Gewerkschaftlers Kleber-Legeay im „Populaire" alles andere als ein irdisches Paradies der Arbeiter seien.

Es sei an der Zeit, daß man das wahre Wesen des Kommunismus klar erkenne, wie er bei sich zu Hause in Erscheinung trete und versuche, seine Diktatur auch auf andere europäische Staaten zu übertragen. Wahre Hungerlöhne zahle man den Arbeitern in diesem versprochenen Paradies, stellt das halbamtliche italienische Blatt fest. Jeder verantwortungsbewußte französische Gewerkschaftler müsse sich, selbst wenn er Mitglied der Kommunistischen Partei sei, darüber empören.

Vor allem sichere die Methode der Lohnbezahlung nicht einmal allen Arbeitern den ausreichenden Lebensunterhalt. Bezeichnenderweise habe man Kleber-Legeay auf seine diesbezügliche Frage erwidert, es sei auch nicht richtig, allen Arbeitern das tägliche Brot gleichmäßig sichern zu wollen; im Gegenteil! Die Unterschiede in der Löhnung sollen gerade dazu dienen, den Arbeitseifer anzustacheln (!).

Kein Kapitalist in irgendeinem Lande Europas, so erklärt „Giornale d'Italia", würde solche Grundsätze vertreten. Um aber das Elend des sowjetrussischen Arbeiters in seinem ganzen krassen Umfang zu verstehen, müsse man auch die Preise für Lebensmittel, Kleidung, Wohnung usw. kennen. Man komme dann beispielsweise zu der Schlußfolgerung, daß

ein sowjetrussischer Arbeiter 60 Tage arbeiten müsse, um sich ein Paar Schuhe kaufen zu können. Um diese Anschaffung überhaupt zu ermöglichen, dürfe er vom Lohn dieser 60 Tage aber nichts für den Lebensunterhalt, Essen und Trinken, ausgeben. Auch die Wohnverhältnisse seien geradezu katastrophal.

Dies, so stellt „Giornale d'Italia" abschließend fest, seien die Errungenschaften der sogenannten „Diktatur des Proletariats", die sich von Sowjetrußland etappenweise in Europa durchsetzen wolle, wie sich das in Spanien bereits deutlich zeige.

Niemals werde ein faschistisches Land dulden, daß man den von ihm vertretenen Adel der menschlichen Arbeit auf die gleiche Stufe stelle mit den hohlen Phrasen der kommunistischen Diktatur, die dem Arbeiter nichts anderes als die Hölle auf Erden gebracht habe.

Auf Grund einer falschen Moral wage die Demokratie noch immer jene Gleichstellung zu behaupten, die gleiche Demokratie, die durch die Duldung der kommunistischen Schandtaten in Spanien bewiesen habe, daß sie immer noch nicht die wahre Gefahr des Bolschewismus erkannt habe, sondern sich immer noch törichten Illusionen hingebe.

Der Gefangene des Marxismus.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

vor, mehr ausländische Kohle einzuführen als früher. Aber das sei ja gerade ein Beweis für die wirtschaftliche Ankurbelung. Das Volk habe das Vertrauen zu sich selbst wiedergefunden. Die „Pause" bedeute nichts anderes als die Durchführung einer vorsichtigen Politik, wobei in Erwägung gezogen werden müsse, ob man gewisse Pläne nicht besser etwas hinausschieben werde.

Blum gab zu, daß das Schatzamt in diesem Jahr viel Geld brauche, und die Regierung nur die Möglichkeit habe, Kredite aufzunehmen, aber das sei überall so. Die finanzielle und die allgemeine Krise könnten erst besiegt werden, wenn die ausgeführten und gehorteten Kapitalien wieder in den Wirtschaftskreislauf eingeschaltet würden. Die Pause sei notwendig; denn die Regierung brauche Kredite, und sie dürfe nicht den Eindruck erwecken, als ob sie die Staatsgeschäfte leichtsinnig verwalte. Nach der Pause werde man fortfahren, das Programm der Volksfront zu verwirklichen. Dieses Programm, so betonte Leon Blum mit Nachdruck, sei aber das einzige, wozu die Mehrheit gegenüber dem Lande Verpflichtungen übernommen habe.

Der Ministerpräsident wandte sich dann der Frage einer möglichen Erweiterung seines Kabinetts nach rechts zu, die er als unangebracht und als im Widerspruch zu den Interessen des Landes stehend ablehnte. Er sei sehr wohl einer uneigennützigen Wahl fähig, und wenn er wirklich glaubte, daß die Bildung eines Kabinetts der nationalen Einigung notwendig und wünschenswert wäre, so würde er es sagen. Aber er sei überzeugt, daß die augenblickliche Zusammensetzung des Kabinetts beibehalten werden müßte. Die Bildung einer Regierung der nationalen Einigung würde vielleicht hier und da mit Freuden begrüßt werden. Sie würde vielleicht auch vorübergehend zu einem Anziehen der Renten führen. Aber man müsse auch an die Zukunft denken. Die Regierung der Volksfront würde bestimmt das Vertrauen der arbeitenden Volksmassen verlieren, ohne die Sicherheit zu haben, auf der anderen Seite einen Ersatz dafür zu finden.

Unter dem Protest der Opposition behauptete Leon Blum, daß seine Regierung nie eine Parteipolitik betrieben oder Zwiespalt im Lande gesät habe. Sie habe stets als die Regierung Frankreichs gehandelt, und sie wünsche aufrichtig die Unterstützung aller Franzosen ohne Unterschied der Einstellung.

Diese Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden häufig durch ironische Zwischenrufe der Rechten unterbrochen, die ihm das Recht absprach, im Namen des gesamten französischen Volkes zu reden. Die Sitzung nahm verschiedentlich recht lebhaften Charakter an, und der Kammerpräsident Herriot hatte alle Mühe, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Nach den Ausführungen Blums wurde die Sitzung auf den späten Abend vertagt.

Der nationale Druck wird immer stärker.

Die Kohlenversorgung der spanischen Bolschewisten wird unterbunden.

DNB **Salamanca**, 26. Februar.

An der Aragonfront schreiten die Operationen der nationalen Truppen im Abschnitt Montalban mit gutem Erfolg voran. Die zuletzt eroberten Stellungen sind ausgebaut und befestigt worden. Hinzu erobert wurden die Höhen von Portalrubio, die das Kohlengebiet von Utrillas beherrschen. Diese Kohlenminen sind außerordentlich reichhaltig und stellen z. B. die einzige Versorgung mit Kohlen für das bolschewisierte Katalonien dar. In der Erkenntnis der drohenden Gefahr haben daher die katalanischen Bolschewistenhäuptlinge eine Abteilung der Internationalen Brigade zur Verteidigung von Utrillas entsandt. Die Kohlenknappheit hat sich übrigens in Barcelona so stark bemerkbar gemacht, daß die Gasbeleuchtung verboten wurde.

Nationale Flieger haben am Donnerstag auch das Bergwerksgebiet von Puertollano südlich von Ciedad Real ausgiebig mit Bomben belegt, so daß die Versorgung der Bolschewisten mit Rohstoffen immer schwieriger wird.

Bei Carabanchel-Bajo südlich von Madrid wurde ein sehr heftiger Angriff der bolschewistischen Truppen von den Nationalen abgeschlagen. Der Feind hatte 160 Tote. Außerdem liefen 60 Mann zu den nationalen Truppen über.

Große Verluste erlitten die Bolschewisten auch an der Asturien-Front. Hier wurde in der Nähe von Grado ebenfalls ein bolschewistischer Angriff abgewiesen.

Granatzünder in Kartoffelsäcken.

Immer noch Waffenschmuggel an der französisch-spanischen Grenze.

DNB **Paris**, 26. Februar.

Ein schwerer Lastkraftwagen, in dem sich angeblich eine Ladung Kartoffeln befand, wurde am Donnerstag abend bei dem Fort Elme in der Nähe von Cerbère an der französisch-katalanischen Grenze von der Gendarmerie angehalten. Bei genauer Untersuchung der Ladung stellte sich heraus, daß sich in den Kartoffelsäcken rund 1000 Granatzünder befanden. Die beiden Fahrer des Lastkraftwagens, der aus der Gegend von Paris kam, wurden daraufhin verhaftet.

Polnische Kaufleute von Bolschewisten verhaftet.

DNB **Warschau**, 26. Februar.

In der der Regierung nahestehenden Presse wird am Freitag darauf hingewiesen, daß sechs polnische Staatsbürger, und zwar Südfruchthändler, die sich aus geschäftlichen Gründen vor einiger Zeit nach Spanien begeben haben, von den Bolschewisten verhaftet und in die Gefängnisse von Valencia und Barcelona geworfen worden seien. Zwei von ihnen seien wahrscheinlich in Barcelona erschossen worden. Vertreter der Südfruchtimportfirma versuchten jetzt über Paris nach Spanien zu gelangen, um die Freilassung der verhafteten polnischen Kaufleute zu betreiben.

Mein Name ist Hase, ich weiß noch was!

Hases Erzählungen

Die Geschichte vom großen Frost



„Damals", begann Herr Hase, „fiel das Thermometer eines Tages auf 17 Grad unter Null. Was tun? dachte ich, da ich ja den Wetterbericht aus dem Volksblatt nicht kannte. Da kam mir eine Idee von Schiller: (Fortsetz. folgt).

Stadt Bocholt.

Samstag, den 27. Februar 1937.

Dienststunden bei der Stadtverwaltung.

a. Die Dienststunden bei der Stadtverwaltung sind für die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober 1937 wie folgt festgesetzt:

7,30 bis 13 Uhr und von 15 bis 18,30 Uhr,
Mittwoch und Samstags von 7,30 bis 13,30 Uhr.

Die Umgliederung der SA.

Der Aufgabenbereich der Brigaden und Sturmbanne.

In einer Verlautbarung über die Umgliederung der SA. hieß es, daß die Brigaden und Sturmbanne aufgelöst würden. Das ist nicht so aufzufassen, daß nun diese beiden Dienststellen völlig verschwinden, sondern ihr Aufgabenbereich wird verkleinert, weil das Schwergewicht der Einheiten im direkten Verkehr der Stürme mit den Standarten und der Standarten mit der Gruppe liegt. Brigaden und Sturmbanne haben, wie schon in der Mitteilung gesagt wird, den Charakter von Inspektionsstellen.

Theoretischer Meisterkursus

für Damenschneiderinnen.

a. Auf Wunsch verschiedener Damenschneiderinnen wird ein Fachkursus für die theoretische Vorbereitung der Meisterprüfung im Damenschneiderhandwerk voraussichtlich in Borken stattfinden. Anschließend an den Kursus werden auch einige Fachfragen von berufener Kraft behandelt. Anmeldungen hierzu sind umgehend an die Kreishandwerkerschaft in Bocholt (Nordstraße 19) oder Borken (Grünstraße 3) zu richten. —

Weiter wird beabsichtigt, im Sommer einen allgemein theoretischen Kursus abzuhalten für Schneiderinnen und Putzmacherinnen im Bezirk Bocholt. Auch hierzu sind die Anmeldungen bei der Kreishandwerkerschaft in Bocholt bezw. Borken zu tätigen.

Viehpfleger schulen sich.

Auch das gehört zur Erzeugungsschlacht.

= Im Lokal Demming zu Rhede fand ein Schulungsabend der Viehpfleger und Melker aus dem Kreise Borken-Bocholt statt, auf dem wichtige berufliche Fragen zur Besprechung standen. Als Gäste waren Pg. Karlsberg von der Kreisbauernschaft Coesfeld und Veterinärrat Dr. Warnking (Borken) erschienen. Melkermeister Jugewitz (Büngern) hieß alle recht herzlich willkommen und erteilte alsdann dem Kreisveterinärrat das Wort. Der Redner führte aus, daß auch für den Viehstall der Luftschutz ein äußerst wichtiger Faktor sei. Da schon vor dem Kriege die Milchproduktion in Deutschland dem Umsatz an Kohlen gleichkäme, könne man die wichtige Bedeutung der Viehhaltung und Viehpflege erkennen. In interessanten Ausführungen sprach er noch über verschiedene Kampfstoffvergiftungen. Im zweiten Referat sprach der Kreisveterinärrat über Kälberaufzucht. Auf Sauberkeit müsse sehr großer Wert gelegt werden. Licht und Sonne seien gerade für die Aufzucht die besten Förderer. In einigen Wochen müsse man schon daran denken, daß alle Rinder und Kühe abgedasselt würden. Melkermeister Jugewitz gab bekannt, daß bis April 1938 alle Viehpfleger und Melker eine Prüfung als Gehilfe bezw. Meister ablegen müßten, was im Hinblick auf die Bedeutung des Berufes zu begrüßen sei.

Wechsel in der Führung der SA-Reserve.

Pg. Bovenkerk übernimmt den Sturmbann.

a. Der Führer des SA.-Sturmbanns V/R. 137, Obersturmbannführer Pg. Geister (Borken), hat aus gesundheitlichen Gründen die vorgesetzte Dienststelle gebeten, ihn von dem Posten des Führers des Sturmbannes zu entbinden.

Diesem Ersuchen ist stattgegeben worden. Mit der Führung des SA.-Sturmbanns V/R. 137 ist von der SA.-Standarte mit sofortiger Wirkung der Ortsgruppenleiter der NSDAP. Borken, SA.-Obersturmführer Pg. Bovenkerk, beauftragt worden.

An die Bevölkerung

der Stadt Bocholt und des Kreises Borken.

Die Kreisleitung Borken-Bocholt der NSDAP. und die Stadt Bocholt veranstalten vom 8. bis 13. März 1937 eine Kreiskulturwoche, die eine fortlaufende Reihe bedeutsamer Veranstaltungen auf allen Gebieten des künstlerischen Lebens bringen wird. Es ist das erste Mal, daß im Gau Westfalen-Nord eine solche Veranstaltungsfolge von der NSDAP. und einer örtlichen Verwaltung gemeinsam durchgeführt wird. Hier an der Grenze des Reiches soll die Kulturwoche eindeutig zeigen, daß der nationalsozialistische Staat den kulturellen Aufgaben einen besonders hohen Rang einräumt. Stadtverwaltung und Kreisleitung sehen ihre Aufgaben nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Betreuung der in ihrem Bereich lebenden Bevölkerung, sondern in gleichem Maße auch in der Arbeit an der Bereicherung und zielbewußten Ausrichtung des kulturellen Lebens. Daß die hierfür gewählten Mittel die richtigen sind, zeigt die an diesen Tagen veröffentlichte Veranstaltungsfolge. Es ist in hohem Maße gelungen, der Bocholter Kreiskulturwoche einen Inhalt zu geben, der auch den höchsten Anforderungen gerecht wird.

Nunmehr liegt es an der Bevölkerung der Stadt Bocholt und des Kreises Borken, durch stärkste Anteilnahme dafür zu sorgen, daß der gesamte Verlauf der Kulturwoche sich zu einer eindrucksvollen Bekundung des Gemeinschaftswillens aller Bevölkerungskreise aus Stadt und Land gestaltet.

Wir sind davon überzeugt, daß dieser Appell an alle Volksgenossen in Bocholt und im Kreise Borken den starken Widerhall finden wird, der der Bedeutung der Kreiskulturwoche entspricht.

Oberbürgermeister. Kreisleiter.

„Brennende Fragen".

Vortrag des Leiters der Gauschule Pg. Gerdts im Schützenhaus.

§ **Bocholt**, 26. Februar.

Am Donnerstagabend fand im großen Saal des Schützenhauses eine öffentliche Versammlung statt, zu der die Gauleitung aufgerufen hatte und die von den Formationen und Gliederungen der Partei wie auch von sonstigen Partei- und Volksgenossen gut besucht war, so daß der Saal vollbesetzt war. Da der angekündigte Redner, der Leiter der Gauschule Gelsenkirchen Pg. Gerdts, etwas später eintraf, nahm zunächst

Schulungsleiter Pg. Jacobi

das Wort zu einem kurzen Referat, in dem er daran erinnerte, daß vor 17 Jahren der Führer im Münchener Hofbräuhaus das Parteiprogramm verkündet habe, das nun so reiche Früchte getragen habe. Vor 17 Jahren habe der unbekannte Frontsoldat das Volk aufgerufen, mit ihm den Weg zur Ehre und Freiheit zu gehen. Adolf Hitler habe den Riesenkampf um die Freiheit des deutschen Volkes mit einem kleinen Häuflein Getreuer begonnen und nach 13 Jahren siegreich beendet. Es sei das große Verdienst des Führers, daß er die breiten Massen des Volkes, die Arbeiter, wieder in die Volksgemeinschaft zurückgeführt habe. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erinnerte der Redner an das Aufbauwerk, das der Führer im ersten Vierjahresplan durchgeführt habe: die Rettung des Bauern, die Rettung der Arbeiterschaft durch Wiedereinführung in den Arbeitsprozeß und die Wiederherstellung und Sicherung der deutschen Ehre. Auf allen Gebieten habe nationalsozialistisches Denken einen Umbruch hervorgerufen. Nun, da der erste Vierjahresplan durchgeführt sei, gelte es, mit zäher Energie an die Aufgaben des zweiten Vierjahresplanes heranzugehen, der die Sicherung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere die Herstellung der Rohstoffe im eigenen Lande zum Ziel habe, um den Gegnern zu beweisen, daß wir sie nicht brauchen. Da mittlerweile der Hauptredner erschienen war, brach Pg. Jacobi seine Ausführungen ab mit der Aufforderung an die Anwesenden, sich restlos hinter den Führer zu stellen und ihn weiterhin mit allen Kräften in seinem Aufbauwerk zu unterstützen.

Der Leiter der Gauschule Pg. Gerdts

sprach sodann über das Thema „Brennende Fragen", in dem er Aufgaben erörterte, die von ausschlaggebender Bedeutung für die völkische und kulturelle Entwicklung Deutschlands sind. Wenn der Nationalsozialismus auch die Macht fest in Händen habe, so sei es doch heute für jeden einzelnen notwendiger denn je, als Nationalsozialist an seinem Arbeitsplatz zu stehen. Denn auf die Macht allein komme es nicht an, die hätten die Bolschewiken in Rußland ja auch. Es komme darauf an, in den Herzen des Volkes die Ideen des Mannes zu verankern, der durch sein ganzes Leben nicht nur unser politisches, sondern auch unser ethisches Ideal sei. Nachdem sich der Redner sodann mit dem österreichischen Problem beschäftigt hatte, wandte er sich den Kräften zu, die sich immer noch dem Nationalsozialismus entgegenstemmen. In diesem Zusammenhang beleuchtete er auch die Schulfrage, wobei er u. a. betonte, daß der Religionsunterricht keineswegs aus den Schulen entfernt werden soll, daß aber die deutsche Jugend die deutsche Geschichte gründlicher kennen lernen müsse, als es bisher der Fall gewesen sei. Von unseren Vorfahren, die keineswegs die Barbaren gewesen seien, für die man sie bisher gehalten habe, wisse sie einfach gar nichts. Nachdem der Redner sich mit der Judenfrage, insbesondere mit der Stellung der Juden zum Weibe, die einer Mißachtung der Frau gleichkomme, befaßt hatte, kam er auf erbbiologische Fragen zu sprechen. Hier betonte er u. a., daß die erbgesunden Familien in Deutschland durchschnittlich nur zwei Kinder hätten, während die erblich belasteten Familien im Durchschnitt sechs Kinder hervorbrächten.

Wenn das so weiter gehe, dann würden wir nach der fünften Generation in Deutschland fünfmal soviel Erbkranke wie Erbgesunde haben, d. h. also 50 Millionen Erbkranken würden nur zehn Millionen Erbgesunde gegenüber stehen.

Angesichts dieser Sachlage müsse man die Zahl der Erbkranken beschränken und dafür sorgen, daß die Erbgesunden sich mehr vermehren. Diesem Ziel diene das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, das durchaus humanen Ueberlegungen entsprungen sei. — Zum Schluß seiner Ausführungen setzte sich der Redner mit gewissen Kräften auseinander, die da behaupteten, daß der Nationalsozialismus ein Feind des Christentums sei. Der Nationalsozialismus wisse sehr wohl, daß ein Volk ohne Gott im bolschewistischen Chaos ende, er vertrete aber das Bibelwort: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist". Wenn man den ersten Teil dieses Satzes mehr beherzigen würde, dann würde gar manche Reibungsfläche vermieden werden.

Der Redner, der, wie er einleitend sagte, sich mit Absicht nicht in gelehrten Erörterungen erging, sondern den Hörern wiederholt stürmischen Beifall, und namentlich am Schluß wurde ihm für seine teilweise humorvollen Ausführungen herzlich gedankt. — Nach einem kurzen Schlußwort des Pg. Meyer klang die Versammlung mit einem Siegheil auf den Führer und dem Gesang der nationalen Lieder aus.

Erzieher tagten im Schützenhaus.

Die Themen: Erziehung in der Hitlerjugend. — Erziehung zur Gemeinschaft im Reichsarbeitsdienst.

a **Bocholt**, 26. Februar.

Am Mittwoch tagten im kleinen Saal des Schützenhauses die Kreisabschnitte des NS.-Lehrerbundes Bocholt, Dingden, Suderwick und Rhede. Im Auftrage des Kreiswalters Pg. Tegeler eröffnete der Kreisabschnittswalter Pg. Rohde (Dingden) die Tagung mit einer kurzen Begrüßungsansprache und erteilte alsdann dem

Bannführer van Oopen

das Wort. In seinem klaren und überzeugenden Vortrag, unterbrochen von zahlreichen Beifallskundgebungen, führte der Bannführer etwa folgendes aus: Ueber die Aufgaben der deutschen Jugenderziehung ist in den letzten Jahren sehr viel geredet worden. Wie steht nun der nationalsozialistische Jugenderzieher diese Aufgabe? Greifen wir einmal zurück auf die Zeit des großen Völkerringens, als deutsche Jugend und deutsche Männer alles hergaben, wie sie monate- und jahrelang freudig Dienst taten für Volk und Vaterland, wie sie stritten und starben für alles, was ihnen lieb und teuer war, für Weib und Kind, für Haus und Hof. Vergessen werden darf nicht die deutsche Frau und Mutter jener Zeit, wie sie im Ringen um die Existenz Leistungen vollbrachte mit einem nicht vergleichbaren Opfergeist. Wenn wir an unseren Führer und seine Getreuen denken, wie sie unter unermeßlichen Schwierigkeiten kämpften und litten, dann kann es deutschen Männer und Frauen nicht schwer werden, dafür zu sorgen, daß die einst gebrachten Opfer nicht umsonst waren.

Der deutsche Erzieher hat daher lediglich die Aufgabe, die deutsche Jugend zur Einigkeit und Treue, vor allem zur Treue zu sich selbst zu erziehen und ihr einen nie zu erschütternden Glauben an unseren großen Führer und an unseren Herrgott zu vermitteln. Bei unserer Arbeit in der deutschen Jugend stießen wir immer wieder auf allerlei Schwierigkeiten, indem von verschiedenen Seiten die Jugend vielfach von uns zurückgehalten wurde, meistens mit der Begründung, daß in der HJ. nicht überall geeignete Führer vorhanden seien. Es muß aber daran erinnert werden, daß vor der Machtübernahme nur wenig Jungen und Mädel zur Fahne des Führers traten, die ihren Dienst besonders in den zahlreichen Wahlschlachten gewissenhaft und treu versahen. Seit 1933 aber wuchs die nationalsozialistische Jugendbewegung von Tag zu Tag, so daß

heute in unserem Bezirk etwa 4000 Hitlerjungen, 4000 Pimpfe und 5000 Mädel in der HJ. organisiert sind.

Daß bei einem solchen Anwachsen in 4 Jahren die Bereitstellung von geeigneten Führern ihre Schwierigkeiten hatte, muß jeder einsehen. Schwierigkeiten sind dafür da, daß sie überwunden werden, und sie müssen und werden überwunden. Die Auswahl der Führer geschieht aber einzig und allein nach dem Wort des Führers: „Jugend muß von Jugend geführt werden", d. h. von solchen Menschen, die innerlich nicht nur reif, sondern auch noch jung genug sind, einen solchen Posten zu bekleiden. Hinsichtlich der religiösen Bedenken, die hier und da auftauchen, sei an das Führerwort erinnert:

„Ich will, daß die deutsche Jugend von ganzem Herzen an einen allmächtigen Gott glaubt".

Sagt der Führer dem deutschen Volke nicht immer wieder: „Alles, was ich schaffen konnte, wäre ohne den Beistand des Allmächtigen nicht gelungen, und ich bitte auch fernerhin um seinen Segen!" Die HJ.-Führung steht dafür ein, daß in den Lagern jeder Junge und jedes Mädel Gelegenheit bekommt zum Besuch des Gottesdienstes. Wenn von Leuten das Gegenteil behauptet wird, so ist das eine Unwahrheit. Die HJ. erzieht die deutsche Jugend für den Staat und hindert niemanden an der Erziehung für Gott.

So haben wir Erzieher die herrliche Aufgabe, die deutsche Jugend einem schönen Ziele entgegenzuführen, sie zu formen, daß sie dereinst der Garant einer glücklichen Zukunft ist, daß sie mit allen wahren deutschen Menschen aus tiefinnerster Ueberzeugung gelobt: „Adolf Hitler, wohin du auch gehst, wir folgen dir!" Ehrlicher Beifall lohnte den Redner.

Oberfeldmeister Staubermann

aus dem Arbeitsdienstlager Velen-Tungerloh sprach anschließend über das Thema: „Gemeinschaftserziehung im Reichsarbeitsdienst". Seine Ausführungen waren etwa wie folgt: Es ist eine dankbare Aufgabe, zu den deutschen Erziehern und Erzieherinnen zu sprechen. Sechs Jahre sind verflossen, seit der Führer die Grundlage für den heutigen Reichsarbeitsdienst schuf. Er sprach: „Durch den Reichsarbeitsdienst geht einst die ganze Nation". So folgt auf die Schulpflicht und den Dienst in der HJ. die Arbeitsdienstpflicht und dann die Wehrpflicht. Jeder weiß, daß der Reichsarbeitsdienst zwei große Aufgaben hat: Arbeit am deutschen Boden und Arbeit am deutschen Menschen. Bei der Arbeit am deutschen Menschen handelt es sich in erster Linie um die Pflege des Gemeinschaftssinnes durch Erziehung zur Bescheidenheit, die immerhin der beste Nährboden für die Gemeinschaft ist. Durch den Reichsarbeitsdienst werden Klassenunterschiede beseitigt, einst wurde in dieser Hinsicht arg gesündigt, indem man den Klassen- bezw. Kastengeist systematisch großzog zur direkten Vorbereitung einer wahren Volkshetze. Heute werden alle Menschen aus allen Volksschichten im Reichsarbeitsdienst zusammengerufen, um ein halbes Jahr zusammenzuarbeiten, nicht etwa für sich sondern für die Gemeinschaft. Der Mann wird begreifen, daß die Arbeit die Grundlage des völkischen Staates ist und daß die Arbeit eine Ehre ist. Und wenn er nach Ablauf seiner Arbeitsdienstpflicht zurückkehrt in seine Familie, wird er sich seiner Dienstzeit stets gern erinnern. Später als Familienvater wird er mit Stolz von seiner Arbeitsleistung seinen Kindern erzählen.

Der Einzelne gilt im Arbeitsdienst nichts: alles dient dem Wohle der Gesamtheit.

Das zeigen die Aufmärsche und Veranstaltungen allerorts, besonders auf dem Reichsparteitag, wo alles Ausdruck der Gemeinschaft ist. In der politischen Schulung wird den Arbeitsdienstmännern gezeigt, wie das deutsche Volk immer dann am stärksten war, wenn es gemeinsam zusammenstand. Dazu tritt die Weckung des Stolzes auf die Nation und die Zugehörigkeit zur Nation. In der Feierabendgestaltung (Theateraufführungen, musikalische Betätigung, Vorträge und dergleichen) wird dem Arbeitsmann ein Einblick in die echte deutsche Kultur vermittelt und so der Kulturentfremdung der Systemzeit entgegengewirkt. Wichtig ist die Behandlung des Wohnproblems, in dem jedem Arbeitsmann sein Verhältnis zur Natur und zur Gemeinschaft aller Menschen, seine Verbindung mit dem deutschen Boden klar erkennen muß. Die Kette: Schule — HJ. — Arbeitsdienst — Wehrdienst muß unzerreißbar werden. Das Arbeitsziel aller Erzieher in dieser Kette muß ausgerichtet sein nach dem Kernsatz:

„Du bist nichts, dein Volk ist alles!"

Die Versammlung spendete dem Redner reichen Beifall. Der Kreiswalter des NSLB., Parteigenosse Tegeler, sprach den Rednern den Dank der Versammlung aus. Dann gab er das Programm der vom NSLB. angeregten Kulturwoche, die in der Zeit vom 8. bis 13. März stattfindet, bekannt. Der Donnerstag ist der Sondertag des NSLB. Um 14 Uhr Vortrag des künstlerischen Leiters der Richard-Wagner-Festspiele in Detmold, Pg. Daube, über „Wagner und Beethoven" im Rathaussaale (nur für Mitglieder des NSLB. und deren Angehörigen). 20¼ Uhr Konzert des Stabsorchesters im Luftkreiskommando IV Münster im Schützenhaus.

Nach Erledigung einiger Fragen organisatorischer Art wurde die Versammlung in üblicher Weise geschlossen.

Hier spricht die Deutsche Arbeitsfront.

Die Sprechstunden der Rechtsberatungsstelle

der Deutschen Arbeitsfront (Neustraße 23) fallen am kommenden Montag wegen auswärtiger Sprechstunden aus.

Zum Urlaub 1937.

Eine Anordnung des Treuhänders der Arbeit.

Mit Rücksicht auf die bald beginnende Urlaubszeit empfehle ich allen Führern der Betriebe, rechtzeitig die Reihenfolge für den Urlaub ihrer Gefolgschaftsmitglieder festzusetzen. In diesen Tagen erscheinen überall in den Gauen die Reiseprogramme der NS.-Gem. „Kraft durch Freude" und die Bekanntmachungen der Hitler-Jugend sowie des BDM. über die Lager in diesem Sommer. Da die Bestellungen bei KDF. und die Anmeldungen bei der HJ. und dem BDM. rechtzeitig gemacht werden müssen, muß auch die Reihenfolge für den Urlaub baldmöglichst festgelegt werden.

Dabei weise ich darauf hin, daß, außer in Saisonbetrieben, mindestens 6 Tage Urlaub für ein Gefolgschaftsmitglied, wenn von einer wirklichen Erholung gesprochen werden soll, gegeben werden müssen. Darüber hinaus ist der Urlaub, insbesondere nach Betriebszugehörigkeit, bis auf mindestens 12 Arbeitstage gestaffelt zu gewähren. Daß Kriegsbeschädigte überall über den ihnen zustehenden Urlaub hinaus 3 Tage Zusatzurlaub oder überhaupt den Höchsturlaub erhalten, ist eine Selbstverständlichkeit.

Ich weise schon heute darauf hin, daß für die Gewerbegruppen, deren Arbeitsverhältnisse durch angemessene Bestimmungen eines Tarifvertrages oder einer Tarifordnung noch nicht geregelt sind, von mir im Laufe dieses Jahres diese obigen Mindestsätze durch Tarifordnung durchgeführt werden. Kein Führer des Betriebes soll mir dann mit der Entschuldigung kommen, daß er nicht in der Lage sei, Ferien wie vorstehend zu gewähren, da ihm eine Neuregelung zu überraschend käme.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß ich für Jugendliche in meinem Wirtschaftsgebiet in diesem Jahre Ferien durch Tarifordnung wie folgt festsetzen werde:

im 15. und 16. Lebensjahr	15 Arbeitstage
im 17. Lebensjahr	12 Arbeitstage
im 18. Lebensjahr	10 Arbeitstage

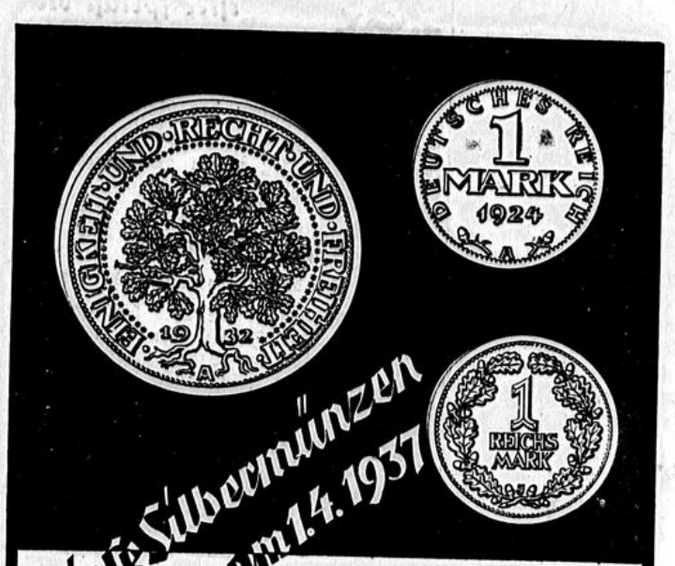
Soweit Jugendliche an einem Lager oder einer Ferienfahrt der HJ. teilnehmen, ist ihnen ein Urlaub bis zu 18 Arbeitstagen zu gewähren. Ich weise auch noch besonders darauf hin, daß ich, soweit notwendig, die Durchführung dieser Urlaubsgewährung durch Tarifordnung durchsetzen werde.

Essen, den 17. Februar 1937.

gez. Hahn, Treuhänder der Arbeit
für das Wirtschaftsgebiet Westfalen.

Die Sammlung „Kampf dem Verderb"

beginnt nicht, wie zuerst angekündigt, am kommenden Dienstag, sondern umständehalber erst am Freitag, dem 5. März ds. Js. Im übrigen wird die Sammlung nach den bekannten Richtlinien durchgeführt.



Diese Silbermünzen verfallen am 1.4.1937

Bringt das Geld zur Sparkasse. Eile tut not!

Sparkasse der Stadt Bocholt

Hermann-Göring-Platz

1254h



Kinderwagen-Rütter

zeigt Ihnen die neuesten Modelle in Kinderwagen u. Klappwagen in enormer Auswahl und zu billigsten Preisen.

Alleinverkauf d. wunderschönen Brennabor-Wagen.

Im Café Imping

Ravardistraße

am Sonntag

großes humoristisches Konzert.

Ab 4 Uhr Kaffee-Konzert.

In der **Konditorei** täglich reiche Auswahl in Torten, Sahneteilchen, feinen Dessertstükken, sowie zwanzigerlei verschiedene Gebäckteilchen, das Stück zu 5 Pfg. Ihre Bestellung wird prompt ausgeführt. (1255k

---

Café Eilers

Bes. B. Matschke.

Sonntag, ab 4 Uhr

Unterhaltungsmusik.

Empfehle mein reichhaltiges Konditorei-Buffet
Bestellungen auf bunte Schüsseln u. Torten werden prompt ausgeführt (695
Fürstenberg und Dortmunder Biere.

Westfälischer Hof

Sonntag

Konzert mit Tanz

Es spielt die Stimmungskapelle Kempkes

Die blaue Grotte

Sonntag Konzert mit Tanz

Kapelle Thauer 1247h

Unsere **Fernsprechnummer** ist **3247**

J.&A. Temming

Die Annahmestelle des **Volksblattes** für **Abonnements und Anzeigen** befindet sich in

Hamminkeln

bei

W. Hengstermann

Ebenso Annahme für Trauerdrucksachen

Tüchtiger **Mechanik.-Gef.** für Fahrradreparatur gesucht. Gelegenheit zur Ausbildung in Motorradrep. **Walter Heuser** Rhede Adolf-Hitler-St.

Schluß der Anzeigen-Annahme f. die Sonntags-Ausgabe spätestens 10 Uhr vormittags.



Der Frühling ist schön! Schöner die neue Mode!

Haben Sie all die Herrlichkeiten schon gesehen, die die Frühjahrsmode Ihnen bringt? Kennen Sie unsere aparten, neuen Mäntel, unsere schicken Complets und Jackenkleider, unsere reizenden, frühlingsfrischen Kleider? — Ja, dann wird es aber Zeit zu einem Modespaziergang durch unser Haus! Und suchen Sie sich unter unsern entzückenden, preiswerten Sachen das Allerschönste für den Frühling aus!

Schmidtmann

Osterstraße 48—50

Die Stoff-Etage

in unserem Hause ist für den

***Frühling* gerüstet!**

In unseren Fenstern zeigen wir Ihnen, was die Mode Neues bringt. In unserer Stoff-Etage können Sie bei großer Auswahl Qualitäten und Preise ohne Kaufzwang prüfen. Unsere Verkaufskräfte beraten Sie auf Wunsch in allen Kleiderfragen.

Besuchen Sie uns recht bald — Es ist Ihr Vorteil!

Hermann **Pottmeyer** Bocholt · am Rathaus

Hotel Lindenhof

Samstag und Sonntag

Karl Frericks mit seinen Solisten.

Restaurant Alois Overbeck

Dinxperloer Straße

Sonntag, 28. Febr., ab 7 Uhr

Konzert u. Tanz

Stimmungskapelle

Zum Feuerwehrmann

Sonntag, ab 5 Uhr

Konzert und Tanz.

---

16. AK.

Am Sonntag morgen 10,30 Uhr **Versammlung** im Vereinslokal.

Wichtige Besprechung.

Der Kameradschaftsführer.

Asthmatropfen

gegen Asthma, Atemnot, Husten und Verschleimung. Völlig giftfrei. Alleinverkauf:

Drog. Voss, Osterstr.

Alle Artikel für den

Hausputz

gut und preiswert

Th. Bußhoff, Rhede.

Schuhe werde mit meinem neuartigen Streckapparat garantiert 1-2 Nummern größer. (398t

Jul. Sahlmann, Rhede Hardtstraße 3

Totenbriefe · Totenzettel

schnell und preiswert

Buchdruckerei Paul Goldkuhle

Rhede, **Hohe Straße 16**, Tel. 98

Radio-Anlagen

gut und preiswert.

Theodor Albers, Rhede

Heilpraxis Behrens

Naturheilverfahren,

Homöopathie Biochemie

Kaiserstraße 12, Ruf 3290

Sprechzeit: 9.30-1, 3-7 Uhr,

Samstags nachm. u. Sonntags geschlossen

50 Stück 85 Pfg.

Vorzüglich stärkende

Krankenweine

zu haben:

Drogerie Schüling

Rhede, Markt

Gummi-Stempel

Ref. prompt u. billig

Druckerei Büsing, Bocholt

Osterstr. 21

Stempelkissen & Stempelfarben

Zu verkaufen:

5 Oelgemälde guter Düsseldorfer Maler
3 Kupferstiche
1 groß. Goldspiegel m. Konsole
1 geschnitzte Eichenkredenz
1 echter Teppich 3.25x4.70 m

Ravardistraße 46 (1260t

---

2 hochtragende

Schweine

zu verkaufen. 1241t

Wilh. Pollmann, Isselburg

Schöne Etage

3 Zimmer, Neubau, Stadtmitte, mit Nebenküche, Heizung, fließend Wasser, Bad gem., zum 1. 4. zu vermieten.

Schriftl. Offerten unt. Nr. 5571 an das „Volksblatt" erbeten.

Gummi-

Wärmflaschen

gute, haltbare Qualitäten, ab

1.35 RM.

Drogerie Voss

Osterstraße 43 (963k



Wir ersetzen Ihnen die Glucke!

Sorgfältig u. gewissenhaft. Senden Sie frühzeitig Ihre Eier.

H. Howestädt Geflügelfarm

Bocholt Fernruf 3239

Neues eichenes

Schlafzimmer

billig zu verkaufen.

Schreinerei Knuf, Stenern

Betten

Federn

Daunen

Inletts

WYEN

Bocholt, Ravardi-Nobelstraße

Wer nicht wirbt

gleicht der Firma, die nicht im Adreßbuch steht! Keiner wird ihn finden und er gerät langsam in Vergessenheit.

Die marschierenden Kolonnen unseres Volkes sind die Avantgarde einer besseren Welt.

Zweistündige Rede Dr. Goebbels in Köln.

× **Köln**, 26. Februar.

Gestern abend sprach Reichsminister Dr. Goebbels auf einer Großkundgebung der NSDAP in der Rheinlandhalle. Die alte Hansestadt Köln stand an diesem Tage völlig unter dem Eindruck eines bedeutsamen politischen Ereignisses. Bereits Stunden vor Eröffnung der Versammlung umlagerten dichte Menschenmengen den Eingang der Riesenhalle. Sie waren aus allen Teilen des Grenzlandes Köln-Aachen gekommen.

Dr. Goebbels setzte sich zunächst mit jenen Elementen auseinander, die als letzte Ueberbleibsel parlamentarischer Systemherrlichkeit noch gelegentlich versuchten, der nationalsozialistischen Staatsführung Ungelegenheiten zu bereiten, obgleich gerade sie es gewesen seien, die das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes gebracht und die nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der Verteidigung deutscher Lebensrechte nach außen hin völlig versagt hätten.

Der Nationalsozialismus habe in den zurückliegenden vier Jahren des Aufbaues und des politischen Erfolges das historische Recht erworben, die deutsche Nation zu führen. „Wir verfolgen," erklärte der Minister unter stürmischem Beifall, „nicht nur ein Ziel, sondern wir wenden auch die geeigneten Mittel an, die zu ihm führen. Wir gaben Deutschland sein Leben, seine Ehre und seine Freiheit wieder und sind damit allein schon vor dem Urteil der Geschichte gerechtfertigt. Wir Nationalsozialisten sind aus dem Volke gekommen und fühlen uns als die Vollstrecker des Volkswillens. Wir sind niemals auf Popularitätshascherei ausgegangen, sondern taten das, was wir bei der furchtbaren Lage, in der sich Deutschland bei unserer Machtübernahme befand, für notwendig hielten."

Es sei, betonte Dr. Goebbels unter starkem Beifall, das historische Verdienst des Führers, daß die deutsche Nation geschlossen, einig und stark wurde.

Im weiteren Verlauf seiner Rede skizzierte der Minister das Bild, das sich der nationalsozialistischen Bewegung bei ihrer Machtübernahme bot. Als wir gerufen wurden, hatten alle anderen Mittel versagt, wir waren der letzte Ausweg. Wenn wir gescheitert wären, dann hätte es für Deutschland keine Rettung mehr vor dem Bolschewismus gegeben. Es hat ungeheurer Anstrengungen bedurft, um fünf Millionen arbeitsloser Volksgenossen in den Produktionsprozeß zurückzuführen." Dr. Goebbels hob hervor, daß es einzig und allein der Tatkraft der nationalsozialistischen Regierung zu verdanken sei., wenn das deutsche Volk im internationalen Konzert heute wieder mitspielen könne Der Führer hätte die ihm gegebene Macht gebraucht, und es sei ihm zu verdanken, daß der Versailler Vertrag in seinen schmählichen Bedingungen annulliert, das Rheinland befreit und eine neue starke deutsche Wehrmacht geschaffen worden sei.

In sarkastischer Weise skizzierte Dr. Goebbels die dem Nationalsozialismus gemachten gegnerischen Prophezeiungen. Das Gegenteil ihrer Behauptungen habe sich verwirklicht. Deutschland habe eine feste Währung, die deutsche Wirtschaft sei wieder aufgeblüht, die Arbeitslosigkeit fast beseitigt, das deutsche Volk in einer 68 Millionen Menschen umfassenden Gemeinschaft fest zusammengeschlossen. In Deutschland herrsche eine disziplinierte innere Ordnung, und nie zuvor habe man von einem so einigen Deutschen Reich sprechen können wie heute. Die deutsche Macht habe in der Welt wieder an Ansehen gewonnen. Anhaltender, immer wieder aufbrausender Beifall begrüßte die Erklärung des Ministers, daß Deutschland nicht daran denke, irgend jemanden anzugreifen, und daß der Weltfriede nur solange gefährdet gewesen sei, als Deutschland noch keine Macht besaß. Nur wenn jemand gerüstet ist, rief der Minister unter neuen Beifallsstürmen aus, kann er Wahrer und echter Friedensfreund sein. Wenn man keine Waffen besitzt, ist Pazifismus eine sehr gefährliche Krankheit.

Ernst und eindrucksvoll wies Dr. Goebbels anschließend auf die bolschewistische Weltgefahr hin. Deutschland sei heute der Schutzwall Europas gegen den Bolschewismus. Moskau sei ein stets angriffsbereites Unruhezentrum für ganz Europa. Deutschland habe nicht die Zweiteilung Europas vorgenommen, es wolle nur sich selbst und Europa schützen vor den Drohungen der Moskauer Komintern. Die Warnung vor dieser bolschewistischen Weltgefahr sei keine Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten. Spanien sei ein Schulbeispiel für den Revolutionsprozeß, der von Moskau ausgehe.

In seinen weiteren Ausführungen stellte der Minister die konstruktive Außenpolitik Deutschlands der sogenannten Kollektivitätspolitik anderer Staaten gegenüber. Minutenlanger Beifall brauste durch die Halle, als Dr. Goebbels erklärte, daß Europa nicht durch ein Netz von Kollektivverträgen gerettet werden könne sondern nur durch Vereinbarungen, die die zwischen den einzelnen Staaten bestehenden Reibungen und Differenzen aus dem Wege räumen. In Deutschland gebe es nicht eine einzige Stimme des Gegensatzes zur Führung der deutschen Außenpolitik, und diese Tatsache gebe dem Führer die Möglichkeit, auf weite Sicht zu arbeiten.

Dr. Goebbels befaßte sich dann mit der Tatsache, daß heutzutage im Ausland vielfach in zu starkem Maße von einem kommenden Krieg gesprochen werde. Es wäre besser, wenn man sich mit den sozialen Nöten und Schwierigkeiten, die aus dem letzten Krieg resultierten und noch lange nicht behoben seien, befaßte. Der Minister stellte fest, daß die deutsche Wiederaufrüstung als wesentlicher Faktor zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens betrachtet werden. Es spreche für den Weitblick des Führers, wenn er Europa vor der bolschewistischen Gefahr warne und damit die vieltausendjährige Kultur des Abendlandes vor der Zerstörung bewahre. Der Appell, den Deutschland gegen den Bolschewismus richte, werde einmal in der ganzen Welt den notwendigen Widerhall finden. Wenn es Deutschland gelinge, der Welt über diese Gefahr die Augen zu öffnen, dann sei es Pionier einer wahrhaft europäischen Mission. Es sei bedauerlich, daß die Welt die bolschewistische Gefahr heute noch nicht in vollem Umfange erkenne, obgleich in Spanien die Altäre zertrümmert liegen und die Kirchen brennen. Hätte Deutschland die Schmutzflut des Bolschewismus nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht, so würde bei uns von den christlichen Kirchen wahrscheinlich nicht viel übrig geblieben sein. Deutschland habe damit nicht nur die abendländische Kultur, sondern auch das Christentum gerettet.

Im Anschluß daran sprach Dr. Goebbels von der Notwendigkeit, einen großzügigen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Hierzu solle der Vierjahresplan dienen, der den Zweck verfolge, Deutschland wirtschaftlich unabhängig zu machen. Es gelte, alle Kraftanstrengungen anzuwenden, um dieses Problem zu lösen.

Der Minister berührte kurz die konfessionelle Frage und betonte, daß die Nationalsozialisten keine Antichristen seien, sondern auf dem Boden des positiven Christentums stünden. Die Partei bilde das Sammelbecken für alle deutschen Menschen. Sie könne daher keine Konfessionstrennungen innerhalb der Bewegung dulden.

Am Schluß seiner großen Rede erläuterte Dr. Goebbels den großen Rechenschaftsbericht des Führers in der Reichstagssitzung vom 30. Januar 1937 und erinnerte dann an die Sorge, die den Führer sein ganzes Leben hindurch bis zum heutigen Tage begleitet habe. Auch die kommenden Jahre würden nur Sorge bringen, aber mit Stolz und Freude lasse sich schon heute feststellen, daß in den vergangenen vier Jahren sich ein innerer und äußerer Aufbau der Nation von größtem Ausmaß vollzogen habe.

Deutschland sei schöner und glücklicher geworden.

„Jeder Deutsche ist heute wieder davon überzeugt, daß sein Volk auf dem Wege ist, ein Weltvolk zu werden. Wir haben das Glück, auf der Ehre der Nation wieder unser Leben, unsere Arbeit und unser tägliches Brot erwachsen zu sehen. In Deutschland ist die wahre Demokratie Wirklichkeit geworden, in der die ganze Nation ihren Willen verteidigt, den Führer als Fürsprecher und Dolmetsch, der für das ganze Volk Vorbild und Richtschnur geworden ist." „Wenn ein Volk Grund hat", so erklärte Dr. Goebbels unter starkem Beifall der Zustimmung und Begeisterung, „voller Hoffnung in seine Zukunft zu schauen, so ist es das unsere. Wir stehen heute wieder auf festem Boden. Wir haben die ewig schwankende Zeit bezwungen und dem Volk den Glauben an die eigene Kraft zurückgegeben. Vielleicht sind wir dazu bestimmt, nicht nur die Fackelträger unseres eigenen Volkes, sondern die Fackelträger einer neuen Zeit überhaupt zu werden. Eine alte Welt bricht zusammen und versinkt. Mit uns steigt die junge, bessere Welt, das bessere Europa empor. Die marschierenden Kolonnen unseres Volkes sind die Avantgarde einer besseren Welt. Wir können mit Recht von uns sagen: Mit uns zieht die neue Zeit!"

Die große, für Köln und das Rheinland so bedeutsame Kundgebung schloß mit einem Treugelöbnis zum Führer. Männer und Frauen der Westmark dankten Dr. Goebbels durch minutenlangen Beifall. Die Kundgebung stand ganz unter dem Eindruck der fast zweistündigen politischen Rede des Ministers.

Hodza will alle Fehler wieder gutmachen.

Nun aber auch Taten!

DNB **London**, 26. Februar.

In einer Unterredung mit dem Prager Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" befaßte sich der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza mit den neuen „Zugeständnissen" der tschechischen Regierung an die deutschen Minderheitsparteien, die mit der Regierung zusammenarbeiten. Hodza gab offen zu, daß „die Regierung bisher in der Behandlung der Minderheiten Fehler begangen habe". Er behauptete jedoch, daß das tschechoslowakische System das großzügigste in Europa sei und erklärte, alle Fehler wieder gutmachen zu wollen. Er sei bereit, voll mit der Sudetendeutschen Partei auf der Grundlage der bestehenden demokratischen Verfassung zusammenzuarbeiten. Auf dem Gebiete der Erziehung besäßen die deutschen Bürger der Tschechoslowakei bereits Erleichterungen, die weit über das hinaus gingen, wozu sie auf Grund ihres prozentualen Verhältnisses zur Gesamtbevölkerung berechtigt seien (?). Die deutschen Volksteile hätten jedoch einen wirklichen Grund zur Beschwerde; denn ihre Behandlung sei, was staatliche Anstellungen anlange, nicht anständig gewesen. Nur auf dem Erziehungs- und postalischen Gebiet seien sie entsprechend vertreten. Am Eisenbahnwesen und in der Finanz seien sie jedoch mit kaum 12 v. H. und auf anderen Gebieten mit noch weniger vertreten. Er, Hodza, habe den tschechischen Nationalisten erklärt, daß es zu der moralischen Zersetzung des Staates führen würde, wenn man zwei Klassen, die der Besitzenden und die der Habenichtse, schaffen würde. Man habe ein großzügiges Verständnis für die Lage gezeigt, die sich aus der geplanten Ernennung von Deutschen für die Besetzung von freien Staatsstellen ergebe. Für gewisse Posten müsse man jedoch der absoluten Loyalität der Kandidaten gewiß sein.

Der Berichterstatter wies dann darauf hin, daß Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei, sich vor kurzem darüber beklagt habe, daß seine Partei von jeder Zusammenarbeit mit der Regierung ausgeschlossen sei. Hodza erwiderte, er wolle keine Partei von der Zusammenarbeit ausschließen, wenn sie sich offen auf die Grundlage des parlamentarisch-demokratischen Systems und der gegenwärtigen Verfassung stelle und alle totalitären Ziele ablehne. Die Deutschen müßten ihre Bestrebungen entsprechend diesen unabänderlichen Grundsätzen gestalten. Wenn sie dazu bereit seien, dann sei der Weg offen zu einer völligen Verständigung. Er sei auch optimistisch genug, seine Politik für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit aller Donaustaaten einschließlich Deutschlands weiter zu verfolgen. Ihre Verwirklichung würde die vollste Garantie für den Frieden in Mitteleuropa sein.

Englischer Dampfer auf eine Mine aufgelaufen.

Die Fahrgäste in Sicherheit.

DNB **London**, 26. Februar.

Nach hier vorliegenden Meldungen aus Marseille ist der englische Dampfer „Llandovery Castle" im nahen Mittelmeer auf eine Mine aufgelaufen. Durch die Explosion wurde im Vorschiff ein großes Leck gerissen.

Das Schiff befand sich an der französisch-spanischen Grenze. Es war auf dem Wege nach Afrika und hatte 150 Fahrgäste an Bord. Unmittelbar nach der Explosion hielt der Dampfer an, um den Schaden festzustellen. Der Kapitän entschloß sich, den Hafen von Vendres anzulaufen, den der Dampfer nach zweistündiger Fahrt mit leichter Schlagseite erreichte. Die Passagiere blieben vorläufig an Bord, obwohl das Schiff gezwungen war, die Nacht außerhalb des Hafens zu verbringen. Die Hafenbehörden stehen in ständiger Verbindung mit dem Kapitän des Schiffes, um erforderlichenfalls die Fahrgäste und die Mannschaft an Land bringen zu lassen.

An Land gebracht.

DNB **London**, 26. Februar.

Wie aus Port Vendres (Südfrankreich) gemeldet wird, sind die Fahrgäste des englischen Dampfers „Llandovery Castle" der, wie berichtet, im Mittelmeer auf eine Mine gelaufen ist, am Freitag morgen um 5 Uhr an Land gebracht worden. Die Landung der Fahrgäste ist erfolgt, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Pumpen nicht mehr in der Lage waren, das in das Schiff einströmende Wasser zu bewältigen. Der Dampfer liegt jetzt im Hafen von Vendres.

War's ein Torpedo?

DNB **London**, 26. Februar.

Nach den neuesten Berichten aus Port-Vendres (Südfrankreich) sitzt das auf eine Mine gelaufene Schiff „Llandovery Castle" nunmehr etwa 150 Meter vom Kai entfernt, mit dem Vorschiff auf Grund auf. Durch die Explosion ist eine Reihe von Kabinen beschädigt worden. Der Kapitän hält es für möglich, daß das Schiff von einem Torpedo getroffen wurde. Es sei aber ganz ausgeschlossen, daß es etwa nur auf eine Klippe gestoßen sei. Nach den Schilderungen der Passagiere hat die Explosion das Schiff aufs schwerste erschüttert. Einer der Passagiere behauptet, daß das Schiff auch eine zweiten Mine berührt habe, die jedoch nicht explodiert sei.

Waffenschmuggelschiff von nationalem Kanonenboot aufgebracht.

DNB **Salamanca**, 26. Februar.

Der nationale Rundfunksender Radio Nacional gab eine Verlautbarung der spanischen Nationalregierung bekannt, wonach das nationale Kanonenboot „Canovas del Castillo" am Donnerstag in der Meerenge von Gibraltar das holländische Schiff „Rambon" aufgebracht habe. Dieses Schiff habe seit Beginn der blutigen Auseinandersetzungen in Spanien Waffenschmuggel für die Bolschewisten getrieben. Es habe 1200 Tonnen Kriegsmaterial an Bord gehabt.

Danktelegramm v. Neuraths an Dr. Schuschnigg und Dr. Schmidt.

DNB **Berlin**, 26. Februar.

Der Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath hat an den Bundeskanzler Dr. Schuschnigg nachstehendes Telegramm gerichtet:

Wieder in Berlin eingetroffen, möchte ich Eurer Exzellenz, der österreichischen Regierung und dem österreichischen Volk noch einmal meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank für die überaus freundliche Aufnahme in Wien aussprechen. Ich hoffe, daß die im besten Einvernehmen durchgeführte Aussprache für ein immer herzlicheres Verhältnis unserer beiden Länder von bleibendem Nutzen sein wird."

Gleichzeitig richtete Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath an den Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Guido Schmidt folgendes Telegramm:

„Soeben wieder in Berlin eingetroffen, möchte ich Eurer Exzellenz und Ihrer Frau Gemahlin für Ihre hervorragende Gastfreundschaft meinen und meiner Frau nochmaligen herzlichsten Dank sagen. Ich bin überzeugt, daß unsere den guten politischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten dienende Aussprache das freundnachbarliche Zusammengehen wirkungsvoll fördern wird."

Oesterreichischer Ministerrat

über den Besuch von Neuraths.

DNB **Wien**, 26. Februar.

Unter Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg trat am Freitag ein Ministerrat zusammen, der sich in erster Linie mit dem Besuch des Reichsaußenministers von Neurath und die mit ihm gepflogenen politischen Besprechungen befaßte. In der gleichen Sitzung berichtete Finanzminister Dr. Neumayer über seine Rom-Reise.

Die katholische Kirche Polens zum Koc-Programm.

DNB **Warschau**, 26. Februar.

Die polnische katholische Presseagentur verbreitet eine amtliche Verlautbarung der katholischen Kirche in Polen, die zu der programmatischen Erklärung des Obersten Koc Stellung nimmt. U. a. wird darauf hingewiesen, daß die polnische Geistlichkeit ihrer besonderen geschichtlichen Mission in dem wiedererstandenen Vaterland eingedenk sei und darum keine Mühe scheuen werde, die Arbeit für eine wirkliche Konsolidierung der Verhältnisse zur Festigung der Eintracht und des Friedens in Polen zu unterstützen. Insbesondere werde die Geistlichkeit dazu beitragen, daß der Geist und die Stärke der Wehrmacht wachse. Selbstverständlich werde die katholische Geistlichkeit auf dem Gebiete staatsbürgerlicher und vaterländischer Arbeit weiterhin in den Parteien und ihren Kämpfen stehen und nur auf das Wohl der Gesamtheit bedacht sein.

Wieder ein Reichsdeutscher in der Sowjetunion verhaftet.

DNB **Berlin**, 26. Februar.

Der seit 1931 in der Sowjetunion beruflich tätige Reichsangehörige Diplomingenieur Franz Schuster wurde am 22. Februar in Leningrad unter der nachgerade schon sattsam bekannten Beschuldigung sowjetstaatsfeindlicher Propaganda verhaftet.

Damit erhöht sich die Zahl der in den letzten Monaten in der Sowjetunion verhafteten Reichsdeutschen auf 44. Die Erwartung, daß die Verhaftungswelle und die damit zusammenhängende Deutschenverfolgung in der Sowjetunion nach dem kläglichen Ergebnis der bisherigen Schauprozesse zu Ende gehen würde, scheint sich demnach nicht zu verwirklichen.

Die Sowjetunion hat die größte U-Boot-Flotte.

DNB **London**, 26. Februar.

Der Flottenkorrespondent des „Daily Telegraph" weist darauf hin, daß Sowjetrußland bereits über die größte U-Boot-Flotte verfüge. Von gut unterrichteter Seite verlaute, daß Moskau eine U-Boot-Flotte von erstaunlichem Ausmaß baue. Zu Beginn dieses Jahres habe Sowjetrußland 40 U-Boote im nördlichen Pazifik und mindestens 90 vollendete oder im Bau befindliche U-Boote in der Ostsee besessen. Demgegenüber hätten die Vereinigten Staaten von Amerika 100, Frankreich 92 und Italien 87. Bei der großen Mehrheit der sowjetrussischen U-Boote handele es sich um kleine Küstenfahrzeuge, die jedoch genügend leistungsfähig für Operationen in der Ostsee und im Japanischen Meer seien. Die Pazifikflotte werde durchschnittlich jeden Monat um ein neues U-Boot vermehrt, so daß sie Ende dieses Jahres wahrscheinlich eine Stärke von über 50 Booten haben werde. Das Vorhandensein dieser mächtigen Flotte in der Nähe der japanischen Küstenlinie und ihre Fähigkeit, die lebenswichtigen japanischen Verbindungen mit der Mandschurei zu stören, verursache den Japanern Besorgnis. Beunruhigend wirke dann weiter die Errichtung großer Flugplätze für schwere Bombenflugzeuge im Gebiet von Wladiwostok.

Mit Tränengas vertrieben

§ **Newyork**, 26. Februar.

Die Vertreibung der letzten 61 Sitzstreiker aus den Fan-Stell-Werken in Waukeran (Illinois) gestaltete sich zum dramatischen Kampf, bei dem das Tränengas der Polizei schließlich den Ausschlag gab. Die Polizeibeamten errichteten, nachdem sie vergeblich versucht hatten, die Räumung der Fabrikgebäude mit anderen Mitteln zu erzwingen, auf einem Lastkraftwagen einen großen Holzturm, der zum besseren Schutz mit Weißblechplatten ausgeschlagen worden war. Von diesem Turm aus wurden eine Stunde lang Gasbomben durch die Fenster in die Fabrikräume geworfen. Die Streikenden versuchten zunächst, durch Ventilatoren die Gase zu vertreiben, mußten jedoch schließlich ihren Widerstand aufgeben. In der vergangenen Woche war es den Sitzstreikern gelungen, einen ähnlichen Angriff der Polizei auf das Werk abzuschlagen.

Sitzstreiker kapitulieren.

DNB **Santa Monica** (Kalifornien), 26. Febr.

Die 400 Sitzstreiker, die seit drei Tagen die Douglas-Flugzeugwerke, die größten Flugzeugwerke der Welt, besetzt hielten, haben am Donnerstag kapituliert, nachdem gegen sie Anklage wegen Verschwörung zur Eigentumszerstörung erhoben worden war. Etwa 500 Polizisten mit Tränengasbomben, Gummiknüppeln, Pistolen und Maschinengewehren erschienen vor dem Werk, um die Sitzstreiker zu verhaften. Nachdem ein buntesamtlicher Vermittler die Sitzstreiker aufgefordert hatte, das Werk friedlich zu räumen, erfolgte die Uebergabe.

Raubmörder hingerichtet.

:: **Berlin**, 26. Februar.

Die Justizpressestelle teilt mit: Heute früh ist der am 21. Juni 1915 geborene Hans Stollenwerck aus Berlin hingerichtet worden, der durch Urteil des Schwurgerichts Berlin vom 20. Januar 1937 wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden ist. Stollenwerck hat in der Nacht zum 26. Dezember 1936 im Walde bei Velten den Kraftdroschkenfahrer Erich Hägeholtz ermordet und seiner Barschaft beraubt. Damit hat ein grauenvolles Verbrechen, das in der Oeffentlichkeit größtes Aufsehen und Empörung erregt hat, binnen kürzester Zeit seine gerechte Sühne gefunden.

Ein Geschäftsmann
welcher sagt, daß Werbung teuer sei, hat noch nie richtig geworben.
Eine richtig durchgeführte Werbung macht sich immer bezahlt und bringt Gewinn!

Käse billig!
8 Pfd. Tilsit. halbfett 5,40.
8 Pfd. echt Edam. vollfett 8,—.
Porto u. Nachn. 1,— Rm. v. Pak
O. Damke, Hamburg 3 Z.

Bausparbrief 15000,00 Rm.
günstig zu verkaufen. Angeb. unter Nr. 1687 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster. 1687

Ohne Werbung kein Erfolg!

Beizt die Frühjahrssaat - auch den Hafer ! Benutzt die zu allen Getreidearten amtlich anerkannten
Ceresan-Beizmittel
BAYER

Aus Münster und dem Münsterland.

Aus dem Gau Westfalen-Nord.

× **10 000 Rm. für HJ-Heim.** Im Haushaltsplan der Stadt Herten für das Rechnungsjahr 1937 sind, wie Bürgermeister Dr. West in einer Sitzung der Ratsherren mitteilen konnte, für die Heimbeschaffungsaktion der Hitler-Jugend 10 000 Rm. eingesetzt worden. Weitere 2000 Reichsmark wurden für die Instandsetzung der Heime bereitgestellt.

*

× **Gemeinsames Kreistreffen in Dorsten.** Das Kreistreffen des Kreises Recklinghausen der NSDAP wurde mit dem des Kreises Borken-Bocholt zusammengelegt. Es soll in Dorsten am 17. und 18. April dieses Jahres stattfinden. Nach vorläufigen Mitteilungen werden u. a. rund 6000 SA-Männer der SA-Standarten 8 und 143 und aus den Hilfswerklagern teilnehmen.

*

× Gaupropagandaleiter Parteigenosse Schmidt-Münster sprach in Bottrop in einer Großkundgebung über politische Tagesfragen.

*

× In Gelsenkirchen-Horst sprach Gauorganisationsleiter Parteigenosse Reineking-Münster über die Aufgaben des Vierjahresplanes.

Der Dank der ostpreußischen SA-Männer.

× In den Monaten September/Oktober 1936 waren 800 SA-Männer aus den Gauen Westfalen-Nord und -Süd in Ostpreußen durch die Hitler-Freiplatz-Spende zu Gast. Unsere westfälischen SA-Männer lernten die Gastfreundschaft der ostpreußischen Brüder kennen und fanden in diesem noch unbekannten und oftmals noch verkannten Teil der deutschen Heimat Freude und Erholung. Für diese westfälischen SA-Männer trafen nun im Monat Januar als Gegenbesuch 800 ostpreußische SA-Kameraden in Westfalen ein. In den schönsten Städten und Dörfern des Westfalenlandes wurden die Kameraden aus dem fernen Osten des deutschen Vaterlandes, wo sie auf vorgeschobenem Posten im Kampf für das Deutschtum stehn, untergebracht. Diese Männer hatten Gelegenheit, die größeren Industriewerke, Zechen, Brauereien zu besichtigen, sie sahen ein schaffendes Volk hier im Westfalenlande am Werk. Schnell vergingen diese Tage der Erholung und Freude im schönen Land der Roten Erde. Aber ebenso wurden Bande der Freundschaft und Kameradschaft zwischen der Bevölkerung in Westfalen und den ostpreußischen SA-Männern geschlossen, und alle Kameraden aus dem Osten waren erfreut über die Gastfreundschaft und liebevolle Aufnahme der Westfalen. So wurden Brücken geschlagen zwischen dem Osten und dem Westen unseres Vaterlandes.

Nun weilen unsere ostpreußischen SA-Kameraden schon lange wieder in ihrer Heimat. Die vielen Briefe, die auf den Dienststellen der SA und NSV einlaufen, zeigen uns immer wieder, daß die ostpreußischen SA-Kameraden das schöne Westfalenland so schnell nicht vergessen werden, und daß ihnen all das, was sie hier erlebt haben, unvergeßlich sein wird. Der Führer des Marschblockes Danzig schreibt: „Im Namen der Danziger SA-Kameraden danke ich nochmals recht herzlich für die freundliche Aufnahme im Land der Roten Erde. Ganz besonders den einzelnen Gastgebern, die uns allen viel Liebe entgegengebracht haben, den Betrieben, die uns unter fach- und sachkundiger Führung durch ihre Betriebe leiteten und uns dann in jedem einzelnen Falle mit der Betriebsführung und Gefolgschaft Stunden herzlicher Kameradschaft verleben ließen, den Kameraden der SA und den betreuenden Dienststellen der SA und der NSV. Wir fühlten uns dort wie zu Hause. Wir werden euch nie vergessen!"

Landjahr 1937.

Die Dauer des Landjahres 1937 ist auf die Zeit vom 9. April bis 9. Dezember 1937 festgesetzt.

Personalveränderungen bei der Reichspostdirektion Münster.

Uebetragen sind Stellen für: Postinspektor dem Postsekretär Hundertmark in Marl (Kr. Recklinghausen); für Telegraphenassistenten dem Telegraphenleitungsaufseher Bernhard Stets in Emsdetten; für Oberpostschaffner den Postschaffnern Elpers in Warendorf und Ortmeyer in Ahlen.

Angenommen sind als Postgehilfinnen: die Postbetriebsangestellten Elisabeth Hausmann in Coesfeld und Margarete Selzer in Lengerich.

Planmäßig angestellt sind: als Postassistent die Postgehilfin Maria Kuhlmann in Borken; als Postschaffner der Postbetriebsarbeiter Aug. Toppmüller in Sassenberg über Warendorf.

Versetzt sind: die Postbauräte Dipl.-Ing. Lüdorff von Münster nach Saarbrücken und Edler von Berlin nach Münster; der Postinspektor Joh. Beck von Paderborn nach Beckum; der Telegrapheninspektor Mathis von Beckum nach Münster; der Postmeister Fink von Rheda nach Dülmen; die Postpraktikanten Mundt von Borken nach Breslau und Wiegard von Münster nach Breslau; die Postassistenten Elisabeth Bartz von Borken nach Recklinghausen und Antonia Bußmann von Marl (Kr. Recklinghausen) nach Borken; der Postschaffner Stoppe von Gelsenkirchen-Buer nach Bocholt.



Der aufrührerische Ras Desta erschossen

Die italienische Truppenexpedition, die nach dem im Süden der abessinischen Hauptstadt auf dem Hochplateau gelegenen Seengebiet entsandt wurde, hat den aufrührerischen Ras Desta Demtu, den Schwiegersohn des Ex-Negus, gefangengenommen u. standrechtlich erschossen (Scherl-M.)

Sitzung des Sondergerichts in Münster.

⅞ **Münster**, 26. Februar.

Das Sondergericht Dortmund des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm tagte am Freitag in Münster, wo in zwei Fällen gegen Angeklagte verhandelt wurde, die sich gegen die Bestimmungen des Heimtückegesetzes vergangen hatten.

Nach einem abwechselungsreichen Leben kehrte Franz E. im Mai 1935 in die Heimat zurück, wo er seitdem arbeitslos von seiner Rente lebt, die er wegen eines Betriebsunfalles bezieht. E. sprach früher stark dem Alkohol zu, will sich aber nach seiner Heimkehr Besserung gelobt haben, die auch fast ein Jahr lang anhielt. Am 1. Oktober geriet er aber doch wieder auf den alten Weg, als er in Dülmen eine ausgedehnte Bierreise unternahm. Dabei soll er in einer Wirtschaft kommunistische Lieder gesungen und Schmähungen gegen die SA ausgebracht haben. Durch Zeugen konnte dies einwandfrei festgestellt werden. Ebenso wurde klargestellt, daß der Angeklagte nicht so betrunken war, daß er nicht mehr Herr seiner Gedanken und Worte sein konnte. Das Sondergericht wertete den Vorfall jedoch nicht so schlimm und erklärte, daß die erkannte Strafe von vier Monaten Gefängnis durch die Untersuchungshaft verbüßt sei.

Schlimmer dagegen lag der Fall bei Stephan Wi. aus Drensteinfurt. In der Silvesternacht vorigen Jahres hatte man ausgiebig gefeiert und Wi. stand nun mit zwei anderen Männern kurz nach 12 Uhr an einer Straßenecke und unterhielt sich mit ihnen. Da kam ein Scharführer der HJ zu der Gruppe, grüßte mit dem Deutschen Gruß und wünschte ein frohes neues Jahr. Aber er hatte nicht einmal ausgesprochen, als er von dem Angeklagten mit einer Mappe ins Gesicht geschlagen wurde, wobei er eine Schmähung gegen den Führer aussprach. Im August vorigen Jahres äußerte Wi. sich gelegentlich einer Sammlung durch SA-Männer in unverschämter Form gegen die SA. Während Wi. bei dem ersten Vorfall durch den Schutz der Amnestie an einer Bestrafung vorbeikam, belehrte ihn das Urteil von 10 Monaten Gefängnis für den zweiten Vorfall eindringlichst, daß man ungestraft Einrichtungen des Dritten Reiches nicht schmähen kann.

Ein Jahr Gefängnis für Meineid.

⅞ **Bocholt**, 26. Februar.

Das Schwurgericht Münster nahm am Freitag morgen die Verhandlung gegen den Angeklagten Da. aus Bocholt wieder auf. Da einer der Beisitzer des Gerichts erkrankt war und das Gericht demnach in einer anderen Zusammensetzung tagte, mußte die ganze Verhandlung von vorne beginnen. Diesmal jedoch kürzte sich die Dauer wesentlich ab, da der Angeklagte gleich zu Beginn ein umfassendes Geständnis ablegte und zugab, daß er seinerzeit in dem Ehescheidungsprozeß einen Meineid geleistet habe. Er habe bisher aus Rücksichtnahme auf die Frau und auch aus anderen verständlichen Gründen seine Schuld nicht zugeben wollen.

Da Da. in dem Ehescheidungsprozeß sich des Ehebruchs hätte bezichtigen müssen, wenn er den Meineid nicht schwur, konnte seine Strafe auf Grund der Bestimmungen des § 157 Abs. 1 ermäßigt werden. Das Gericht glaubte, bei der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten, der auch sonst einen guten Eindruck hinterlassen hatte, die Strafe auf ein Jahr Gefängnis festsetzen zu können.

Richard-Wagner-Woche.

× Die diesjährige Richard-Wagner-Festwoche in Detmold, die in der Woche nach Pfingsten stattfindet, erfährt eine neue außergewöhnliche Bereicherung durch die Verbindung, die zur Geburtsstadt Richard Wagners hergestellt worden ist. Mit Unterstützung des Städt. Kulturdezernenten von Leipzig, Stadtrat Hauptmann, und des Direktors des Leipziger Museums der bildenden Künste wird der Custos des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig, Dr. Walter Lange, der Verfasser des bekannten Werkes „Richard Wagner und seine Vaterstadt Leipzig", wertvolle Teile der Wagner-Abteilung des Stadtgeschichtlichen Museums in Detmold zur Ausstellung bringen. Neben Originalen der Wagner-Zeit, Handschriften von Richard Wagner, Richard Wagners Porträt von Lenbach und Dokumenten wird in einer besonderen Abteilung ein Ueberblick über das Richard-Wagner-Nationaldenkmal gegeben, das der Führer für Leipzig bestimmt hat und an welchem bereits seit Jahren gearbeitet wird. Der Walter Lange wird selbst Führungen durch die Ausstellung und erläuternde Vorträge halten.

*

Die Fidelio-Festaufführung der Richard-Wagner-Festwoche 1937 in Detmold, die am 20. Mai stattfindet, vereinigt in den Partien bedeutende Künstler der führenden deutschen Opernbühnen, so Kammersängerin Vilma Fichtmüller, Staatsoper Karlsruhe, als Leonore, Kammersänger Joachim Sattler, Staatsoper Hamburg, als Florestan, Karl Schmidt von der Staatsoper München als Pizarro, Herbert Alsen von der Staatsoper Wien als Rocco, Herma Kittel, die Tochter des Bayreuther Professor Kittel vom Landestheater Gotha als Merzelline, Bruno Mierski von der Städt. Oper Lübeck als Jacquino, Karl Friedrich Koch vom Lipp. Landestheater als Minister. Die Spielleitung führt der Oberspielleiter der Städt. Bühnen Hannover, Dr. Hans Winckelmann. Die Bühnenbilder entwirft Kurt Söhnlein, Hannover.

★

‡ **Münster**, 26. Febr. **Hans Friedrich Blunck las.** In Anwesenheit des Gauleiters Dr. Meyer, des Landesstellenleiters Schmidt und des Gauobmanns der NS Kulturgemeinde las Hans Friedrich Blunck in der überfüllten Stadthalle zu Münster aus seinem dichterischen Schaffen vor. Der Beschluß seiner Vorlesungen und zugleich ihr Höhepunkt war der Vortrag einiger markanter Stellen aus seinem neuen Roman „König Geiserich", der das Schicksal eines großen germanischen Volkskönigs gestaltet. Der Dichter konnte für seine erlebnisreichen Stunden, die er schenkte, den Beifall seiner Hörer entgegennehmen.

‡ **Münster**, 26. Febr. **Oberstudiendirektor Uppenkamp 60 Jahre alt.** Der Leiter des Staatlichen Paulinischen Gymnasiums, Oberstudiendirektor Julius Uppenkamp, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Der Jubilar stammt aus Nienborg und wurde nach seinem Staatsexamen 1904 Oberlehrer am Paulinum. Bereits mit 35 Jahren war er Leiter des Staatlichen Gymnasiums in Sagan (Niederschlesien). Nach dem Kriege übernahm er 1921 die Leitung des Paulinums in Münster. Seine Verdienste um die Förderung der wichtigen Belange des Vereins für das Deutschtum im Auslande wurden 1933 durch Verleihung der bronzenen Ehrenplakette anerkannt. Oberstudiendirektor Uppenkamp legte von seiner rastlosen Tätigkeit ein schönes und bleibendes Zeugnis durch ein reiches literarisch-wissenschaftliches Schaffen ab. Ein lateinisches und griechisches Unterrichtwerk sowie die Neuherausgabe der Schulklassiker geben Einblick in sein reiches Wissen und Können. Seinen Schülern war und ist Oberstudiendirektor Uppenkamp stets nicht nur ein guter Lehrer, sondern auch ein Freund und Berater gewesen.

△ **Münster**, 26. Febr. **Das Bezirksverwaltungsgericht tagt.** Am nächsten Dienstag (2. März) wird das Bezirksverwaltungsgericht für den Regierungsbezirk Münster zu einer Sitzung zusammentreten, zu der zehn Verwaltungsstreitsachen mit mündlicher Verhandlung anstehen. Dabei handelt es sich in drei Fällen um die Unterbringung in einer öffentlichen Arbeitsanstalt (Ahaus, Herten und Münster), in je zwei Fällen um die Entziehung der Fahrerlaubnis (Bottrop und Darfeld-Höpingen) und um die Erteilung der Schankerlaubnis (Essen-Karnap und Gelsenkirchen), sowie in je einem Falle um die Versagung des Wandergewerbescheines (Recklinghausen), um Paßverweigerung (Bottrop) und um Erweiterung der Schankerlaubnis (Gelsenkirchen. Außerdem sind in Verfahren ohne mündliche Verhandlung zehn Beschlüsse verschiedenen Inhalts zu fassen.

△ **Altenberge**, 26. Febr. **Das noch sehende Auge in einer Schlägerei eingebüßt.** Aus geringfügiger Veranlassung entstand in einer hiesigen Gastwirtschaft zwischen mehreren Männern eine Schlägerei, in deren Verlauf einem der Beteiligten, der bereits auf einem Auge erblindet war, auch das andere Auge blindgeschlagen wurde. Man brachte ihn zwar sogleich nach Münster in die Universitäts-Augenklinik, doch konnte ihm auch da keine andere Auskunft gegeben werden, als daß das Auge unrettbar verloren und der Mann vollständig blind ist. Die Polizei nahm den Mann, der den verhängnisvollen Schlag ausgeführt hat, fest und brachte ihn nach Burgsteinfurt ins Gerichtsgefängnis.

⅞ **Stadtlohn**, 26. Febr. **Ein rauflustiger Geselle.** Heinrich D. wurde aus der Strafhaft dem Schöffengericht vorgeführt, vor dem er sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. D. wurde vor einiger Zeit wegen Zoll- und Steuerhinterziehung zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Am Rosenmontag vor zwei Jahren war er nach einer durchzechten Nacht im Bahnhof zu Münster mit zwei Männern aneinandergeraten, den einen von ihnen schlug er mit einer Weinflasche und dem anderen brachte er mit einem Messer eine Verletzung an der Hand bei. Dafür erhielt er nunmehr eine Gefängnisstrafe von einem Monat, die an seine frühere Strafe angehängt wird.

⅞ **Dülmen**, 26. Febr. **Abgeschossen, was vor die Flinte kam.** Der Jagdaufseher hatte Heinrich W. schon lange als gewohnheitsmäßigen Wilderer in Verdacht. Am 28. November vorigen Jahres legte er sich einmal wieder in der Nähe des Gehöftes in Merveldt bei Dülmen auf die Lauer und hatte Erfolg. Er sah den Gustav Sch., der bei W. bedienstet war, wie er einen Fasanen aus einem Tellereisen löste und das Eisen dann von neuem aufstellte. Sch. wurde in Haft genommen, wo er dann auch seine Straftat eingestand. Dann ging man zu W., der nach anfänglichem Zögern eingestehen mußte, daß er im Herbst 35 mehrfach nach Wildtauben geschossen hatte. Auch Hasen und anderes Wild, das ihm vor die Flinte kam, wurde abgeschossen und wanderte in die Küche. Beim Mähen im vorigen Sommer hatte er mit seiner Maschine ein Rehkitz verletzt, das er totschlug und mit nach Hause nahm. Kurz, er nahm, was und wo er etwas kriegen konnte. Sch. wurde für seinen unweidmännischen Jagdfrevel zu drei Monaten und W. als gewohnheitsmäßiger und unweidmännischer Wilderer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

⅜ **Ahlen**, 26. Febr. **Schacht Magdeburg wächst in die Tiefe.** Die Arbeiten an dem neu abgeteuften Schacht „Magdeburg" der Gewerkschaft Westfalen schreiten rüstig fort. Von rund 200 Arbeitern ist der Schacht bis auf 260 Meter vorgetrieben. Man hofft, zu Weihnachten eine Tiefe von 1000 Metern erreicht zu haben.

‡ **Burgsteinfurt**, 26. Febr. **Personalien.** Regierungsassessor von Rosenberg aus Breslau ist dem Landrat des Kreises Steinfurt in Burgsteinfurt zur Hilfeleistung in den landrätlichen Geschäften überwiesen worden.



Ueberschwemmte Rheinuferstraße

Bei Köln ist die Rheinuferstraße durch das Hochwasser bereits überspült. Durch doppelte Verankerung sichert man die Bootshäuser vor dem Abtreiben. (Scherl-M.)

Der letzte König der Macchia starb.

Der Lebensweg eines berühmten korsischen Banditen.

Ajaccio (Korsika), im Februar.

In seinem Heimatdorf Moca-Croce ist der letzte „berühmte" Bluträcher Korsikas, Antonio Ettori, an Altersschwäche gestorben.

(Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

Die Glanz- und Ruhmestage der großen korsischen Banditen, der unerbittlichen Bluträcher, die, dem Gesetz ihres Stammes und ihrer Insel gehorchend, irgendeinen Feind der Familie erschlugen, dann in die Macchia, die Felsenwildnis der korsischen Bergwelt, flohen und von hier aus ein Schreckensregiment über das ganze heimatliche Eiland ausübten, sind endgültig vorüber.

Fünf Jahre ist es her — da verlor Frankreich endlich die Geduld und tilgte unter Einsatz einer ganzen kriegsmäßig ausgerüsteten Division die Insel systematisch ab, um die Landplage des so romantischen Banditentums auszurotten. Damals fielen zwei „berühmte" Räuber im Kampf; es waren Romanetti und Bartoli. Was seither hört entweder zu der keineswegs edlen Zunft gewöhnlicher „Ganoven" oder — ist nichts als eine Attraktion, die vom Fremdenverkehrsverein wohlweislich gehalten wird, ohne daß Gelegenheit bestünde, wirkliches Unheil anzurichten.

Und nun ist der letzte lebende Betätiger der Vendetta gestorben, der die Blutrache und das „edle" Banditentum noch in der Praxis ausgeübt hat. Antonio Ettori ist heimgegangen . . . und niemand weint ihm eine Träne nach, denn bei seinen Landsleuten ist er zuletzt nur noch eine komische, eine verächtliche Figur gewesen: der Mann, der seinen eigenen „Ruhm" überlebte!

Er hat schon seine großen Tage gehabt, dieser gute alte Antonio Ettori. Im Jahre 1894 erschlug er im Verfolg der auf Korsika durch uralte Tradition geheiligten Blutrache den Paolo Foscari, einen jungen Burschen aus dem dieser Oheim einen Bruder des alten Foscari wegen eines glühend begehrten Mädchens erstochen.

Nach seinem Mord, der für die Korsen kein Mord, sondern nur die Befolgung jahrhundertealten Stammesgesetzes war, floh Antonio in die Bergwildnis, in die Macchia. Gewiß, er wurde verfolgt — aber sozusagen nur anstandshalber, denn es tat nie gut, mit einem Bluträcher anzubinden, der sich ins Exil begeben hatte und entschlossen war, seine Haut so teuer wie möglich zu verkaufen.

So konnte es denn geschehen, daß Antonio Ettori drei Jahrzehnte lang in der korsischen Einsamkeit nach gutem alten Banditenbrauch hauste und, falls nötig, seine Wegstecher in die „zivilisierten" Gegenden machte. Er überfiel die reichen Gutsbesitzer, wobei es ihm auf einen neuen kleinen Mord nicht ankam, sobald er Widerstand fand; und er teilte seine Beute freigebig — auch dies ein Gesetz dieser merkwürdigen Insel! — mit den armen Bauern, für die er so zum geliebten und gefeierten Helden emporwuchs.

Scheinbar aber war diese Sorte von Banditentum noch nicht einträglich genug: jedenfalls ließ sich im Verfolg seiner Karriere Ettori gelegentlich Tips von den Agenten der Fremdenverkehrsbüros in Ajaccio geben und „überfiel" gegen festes Honorar dann den einen oder anderen Wagen mit Touristen, die er mit Gebärden bedrohte, auch wohl durch lärmende Schüsse unterhielt — dann aber mit vorgeschriebener „edler" Geste des „adligen Banditen" wieder zu neuen Sensationen entließ, nicht ohne hie und da ein Extradouceur für ein — Autogramm mitzunehmen . . .

Unsterblich wäre der große Ettori, der 30 Jahre lang von der Macchia aus Schrecken über Korsika verbreitete, bei seinen Landsleuten geworden, wenn ihm nicht ein ausgesprochenes „Künstlerpech" unterlaufen wäre. Es war ihm nämlich nicht vergönnt, unter den Kugeln der Häscher in offenem Kampf zu fallen! Ettori wurde gefangen genommen, und zwar verriet ihn eine seiner zahllosen Geliebten an die Miliz, sodaß man den Ettori eines Nachts von der Seite der treulosen Braut weg verhaftete und ins Gefängnis einlieferte.

Hätte Ettori sein Dasein als Bagnosträfling auf Cayenne beschließen müssen, so hätte das seinem Ruhm in der Heimat noch keineswegs Abbruch getan. Aber das Schicksal hatte anderes mit ihm vor. Aus unerfindlichen Gründen setzten sich einflußreiche Persönlichkeiten, denen die Banditenromantik Korsikas scheinbar sentimental am Herzen lag, für den alten Räuber und Bluträcher ein — und erreichten es schließlich, daß Ettori tatsächlich vom Präsidenten der französischen Republik begnadigt wurde und in die Heimat zurückkehren durfte.

Und da war es um allen Ruhm geschehen!

Er hat es nicht mehr gut gehabt auf seine alten Tage, der arme Bandit a. D. Mühselig ernährte er sich vom Verkauf von Postkarten, die ihn in stolzer Räubertracht darstellten. Vielleicht hat er drum den Tod als Erlöser begrüßt, als er jetzt endlich, von Altersschwäche geschlagen, auf einer Schütte Stroh in seinem Heimatdorf Moca-Croce den letzten Seufzer tat — er, der der letzte „König der Macchia" gewesen ist, wenn er auch als gestürzte Größe sozusagen im „Exil" enden mußte.



Das fliegende Krankenauto.

Um die Kranken aus weit verstreuten Dörfern auf dem schnellsten Wege in die Krankenhäuser von Los Angeles zu überführen, wurde dort ein Flugzeug in Dienst gestellt, das eine vollständige Krankeneinrichtung besitzt. Hier zeigt die Schwester des „fliegenden Hospitals", des einzigen im amerikanischen Zivildienst, ihre Instrumente. (Associated-Preß-M.)